

**Protokoll**  
des  
**Kongresses**  
der  
**Deutschen Sozialdemokratie.**

---

Abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz,  
vom 20. bis 23. August 1880.

---

**Zürich.**  
Verlag von A. Herter, Industriehalle, Niesbach.  
1880.

Wie unsern Lesern allen bekannt ist, hat der „Sozialdemokrat“ im Einverständnis mit der deutschen Parteivertretung die Abhaltung eines Kongresses der deutschen Sozialdemokratie befürwortet, der auch wirklich in den Tagen vom 20.—23. August auf dem alten Schloß Wyden bei Dillingen, im Kanton Zürich in der Schweiz abgehalten wurde.

Dieser etwas abseits von der großen Heerstraße gelegene Ort wurde gewählt, um den preussisch-deutschen Reichsspitzeln das Schnüffeln und Spionieren möglichst zu erschweren, und ist diese Absicht auch vollständig erreicht worden. Von Winterthur aus, das als Sammlungsort angegeben war, wurden die zahlreich herbeigeeilten Vertreter nach dem oben genannten, bisher unbewohnten Schloß dirigirt, das für die Zwecke des Kongresses eigens gemietet und mit einem eigens dafür eingesetzten Kastellan versehen war und während drei Tagen und vier Nächten die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie beherbergte. Die Nächte verbrachten die meisten Anwesenden auf Strohlagernd in einem Seitengebäude des Schlosses, wo Massenquartiere eingerichtet waren; nur ein kleiner Theil begab sich während der Nacht in die Gasthäuser des nahegelegenen Dorfes. Eine kommunistisch eingerichtete ambulante Küche, von einem Schweizer Genossen und dessen Frau unter Verwaltung genommen, sorgte in zufriedenstellender Weise für die leiblichen Bedürfnisse aller Teilnehmer.

Im Verlaufe des Freitag und Samstag trafen nach und nach 56 Vertreter ein, deren überwiegende Zahl sich aus allen Hauptzentren der Bewegung in Deutschland rekrutirte; nur der Hauptplatz der Partei im fernen Osten war, aus rein lokalen Ursachen, durch keinen eigenen Abgesandten vertreten, sondern hatte den Vertreter eines anderen deutschen Parteibezirks mit seiner Vertretung betraut. Nächst Deutschland waren besonders stark die deutschen Sozialdemokraten der Schweiz vertreten, die aus Winterthur, Zürich, Basel, Chaux-de-Fonds und Zug mehrere Delegirte gesandt hatten. Außerdem waren zwei Angehörige der Organisation

der Schweizer Arbeiter (Arbeiterbund) und zwei österreichische Genossen anwesend, welche sich mehrfach aktiv an den Verhandlungen betheiligten. Auch die deutschen Genossen in Paris und Brüssel hatten gemeinsam einen Vertreter gesandt. Seitens der Londoner Gesinnungsgenossen (Kommunistischer Arbeiterbildungs-Verein 3 Percy Street) war unter lebhaftem Bedauern in Rücksicht auf die großen Kosten der Reise und die sehr bedeutenden Opfer, welche in den letzten Monaten für Lokalzwecke aufzubringen gewesen seien (Ermiethung eines eigenen Klubhauses, Unterstützung zahlreicher Ausgewiesener und sonstiger unterstützungsbedürftigen Genossen), von einer eigenen Vertretung abgesehen worden und hatten dieselben in einer Denkschrift ihre Wünsche und Ansichten niedergelegt, die bereits in der vorigen Nummer des „Sozialdemokrat“ zum Abdruck gekommen ist und als durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt wurde.

Da die Verhältnisse, unter denen der Kongreß stattfinden mußte und die Zustände in Deutschland es gerathen erscheinen lassen, von einer detaillirten Berichterstattung abzusehen und insbesondere jede Namensnennung zu vermeiden, so sei im Voraus bemerkt, daß die Verhandlungen im Ganzen mit großer Gründlichkeit geführt wurden, und obgleich zeitweilig die Geister hart aufeinanderplakten und die Debatten einen sehr erregten Ton annahmen, doch alle wichtigen Beschlüsse mit Einstimmigkeit oder einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität gefaßt wurden. Wir bemerken das den bekannten Mörglern gegenüber ausdrücklich, die bereits ankündigten, der Kongreß werde „aus einem Duzend Demagogen und zwei Duzend Bedienten bestehen“ also nur gutheißen, was die sog. „Führer“ wünschten und wollten.

Dem Kongreß gingen außer sympathischen Zuschriften von deutschen Sozialisten in London und in der Schweiz folgende Begrüßungs- und Zustimmungsschreiben von sozialistischen Organisationen des Auslandes zu:

Genf, den 14. August 1880.

Nachdem die Redaktion der «Równosc» (Gleichheit), deren Zweck die Verbreitung der Ideen des internationalen Sozialismus in Polen ist, in Erfahrung gebracht hat, daß die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands in Bälde ihren allgemeinen Kon-

greß abhält, sendet sie, in der Erwägung, daß die engste Solidarität der Sozialisten aller Sprachen eine Nothwendigkeit ist, in ihrem und aller polnischen Genossen Namen den Ausdruck ihrer lebhaftesten Sympathien für den Kongreß und das Ziel, das er erstrebt.

Im Namen der Redaktion der «Równosc»:  
Stanislas Mendelson.

Haag, den 16. August 1880.

Liebe Genossen! Die sozialistische Arbeiterpartei der Niederlande blickt, indem sie sich mit den Sozialisten aller Länder und den Kraftanstrengungen unserer deutschen Brüder gegen die autoritäre Gewalt einer volksfeindlichen Regierung und für Herstellung einer die Wohlfahrt Aller sichernden ökonomischen Ordnung solidarisch fühlt, — mit Freude auf den Kongreß, welchen Ihr gegenwärtig abhaltet. Seid unserer vollkommensten Sympathie versichert, und wenn sich die Wünsche Eurer Brüder erfüllen, so werdet Ihr stark sein durch Eintracht, denn die Einigkeit schafft die Macht. Die innigsten Wünsche Eurer niederländischen Brüder begleiten Euch bei Euren wichtigen Arbeiten, die nicht allein für Deutschland wichtig sind, sondern durch Deutschland für alle Völker Europas. Die Standhaftigkeit und der Muth der so unterdrückten deutschen Sozialisten können nur eine Ermuthigung für uns alle sein. Das Blut der Märtyrer ist der Same einer besseren Zukunft!

Mit brüderlichen Grüßen!

J. Domela Nieuwenhuis.

Mailand, den 17. August 1880.

Genossen! Mit großer Freude haben wir Eure Anzeige vom Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gelesen.

Einig in dem Gedanken, daß zum Wohle der Gesamtheit nicht allein alle Klassen sich verschmelzen müssen im Volke, sondern auch alle Völker in der Menschheit, daß es nicht besser werden kann in der menschlichen Gesellschaft, bis nicht alle Menschen sich vereinigen zur gemeinsamen Nutzbarmachung der Güter der Natur, sprechen wir dem Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands unsere wärmste Sympathie aus und senden den Theilnehmern unsere brüderlichen Grüße.

Für das Komite der Gesellschaft «I figli del lavoro»:

Emil Kerbs. G. De Prunegeni.

An die Mitglieder des allgemeinen Kongresses der deutschen Sozialdemokraten.

Marseille, 23. August 1880.

Deutsche Brüder! Die Gruppe sozialer Studien, welche kein anderes Vaterland kennt, als die große Familie der ganzen Menschheit, fordert Euch brüderlich auf, das heilige Werk der proletarischen Emanzipation durch die universelle Revolution mit Energie fortzusetzen und anerkennt, den französischen Gesetzen gegen die Internationale zum Trotz, auf das Bereitwilligste ihre Solidarität mit allen Euren Handlungen, welche auf die Verwirklichung unseres gemeinsamen Zweckes gerichtet sind.

Gruß und Anarchie!

Für die Gruppe der sozialen Studien in Marseille:

Der korrespondirende Sekretär:

Anton Boyer.

Marseille, den 19. August 1880.

Die Redaktion der «Revue socialiste» benützt die Gelegenheit des Kongresses der deutschen Sozialisten, um sie wegen ihres ebenso schwierigen als muthvollen Kampfes zu beglückwünschen, welchen sie gegen die monarchische und Bourgeois-Willkür führen. Indem sie die besten Wünsche ausdrückt für den Erfolg ihres Handelns, an welchem die ganze Menschheit mitbetheiligt ist, erklärt sie sich mit ihnen solidarisch in dem großen Kampf für die Befreiung und den Sieg des vierten Standes und sendet ihnen die brüderlichsten Grüße.

Für die Redaktion:

Benoit Malon.

An den Kongreß der deutschen Sozialdemokraten.

Bern, den 23. August 1880.

Das Bundeskomite des Schweizerischen Arbeiterbundes hegt die vollste Sympathie für den Kongreß der deutschen Parteigenossen; denn nach allen den Ereignissen der letzten Jahre ist es unumgänglich nothwendig, daß ein solcher abgehalten wird. Wir sehen diesem Kongreß mit der größten Zuversicht entgegen und sind der Hoffnung, daß die Delegirten die Stellung der Partei nach jeder Richtung hin zu wahren wissen werden, so

daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor in der Arbeiterbewegung als Pionier vorausmarschirt.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag!

Für das Bundeskomite:

Der Sekretär: Hs. Baechtold.

An den Kongreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Budapest, 24. August 1880.

Genossen! Brüder! Ein schwerer Kampf ist es, den die Sozialisten aller Länder, sowohl diesseits als jenseits des atlantischen Meeres, mit der herrschenden Klasse und den an ihrer Spitze stehenden Regierungsgewalten zu kämpfen haben. Ueberall, in „konstitutionellen“, wie „republikanischen“ Staaten werden Sozialistenheken veranstaltet, die jeden Rechtlichdenkenden mit eben solchem Abscheu und Widerwillen erfüllen müssen, wie die Ketzerverfolgungen des Mittelalters. Wie unsere Zeit allgemein über diese, wird auch die Nachwelt allgemein über jene ihr Verdammungsurtheil aussprechen. Es ist noch niemals irgend welchen Verfolgungen gelungen, neue Weltanschauungen, neue, aus den ökonomischen Verhältnissen entsprungene Ideen auszurotten; dieselben haben im Gegentheil immer dazu beigetragen, die Anhänger dieser Ideen immer mehr aufzutacheln und sie, anstatt von denselben abzubringen, nur zur Entwicklung einer größeren Thatkraft anzuspornen. Thöricht diejenigen, welche sich von den Sozialistenverfolgungen einen andern Erfolg versprechen!

Daß dieser Erfolg nicht ausbleiben wird, das zeigt gegenwärtig die sozialistische Partei Deutschlands, das zeigt Euer Kongreß. Verfolgt und geheßt, wie fast in keinem Lande der Welt, steht Ihr heute kampfbereiter und siegesmuthiger da, denn je. Das Ausnahmegesetz vermochte nicht — wie dies dessen blinde Urheber wähnten — Eure Kraft zu lähmen. Alles, was es vermochte, war, Euch zu einer anderen Kampfweise zu zwingen, die aber keineswegs der heutigen morschen Weltordnung, die früher oder später — hoffentlich in nicht allzuferner Zeit — unter den Streichen der Sozialdemokratie zusammenbrechen wird, um einer neuen, weder Arm noch Reich, weder Herren noch Knechte, sondern nur freie, gleiche Menschen kennenden Weltordnung Platz zu machen, zu Gute kommen dürfte.

Wenn es Etwas gibt, das unsere herzliche Theilnahme und Freude an Eurem wundervollen, aber fleißsicheren Kampf trübt, so ist es der leider schon seit längerer Zeit innerhalb der Sozial-

demokratie Deutschlands ausgebrochene Streit. Es steht uns nicht zu, uns in Eurer inneren Angelegenheiten zu mischen und zu untersuchen, ob dieser Streit mehr ein Personen- oder Prinzipienstreit ist. Eines ist aber sicher, und das ist, daß derselbe, weit entfernt der Sozialdemokratie zu nützen, nur von unseren Gegnern, die jeden derartigen Zwist mit wahrer Wollust verzeichnen, gegen uns und unsere Bestrebungen ausgebeutet wird. Wir glauben, es wäre endlich an der Zeit, daß wir, die wir selbst Völkerzwistigkeiten durch internationale Schiedsgerichte beseitigt wissen wollen, dieses Verfahren auch innerhalb der Sozialdemokratie beobachten. Wenn Euer Kongreß die Bildung eines solchen Schiedsgerichtes zur Schlichtung aller innerhalb der sozialistischen Parteien entstehenden Differenzen beschließen würde, glauben wir, daß dadurch nicht nur alle alten Streitigkeiten in Wälde beseitigt, sondern auch jede neue im Keime erstickt werden würde.

Der Kongreß, den Ihr durch die deutsche Regierung gezwungen seid, auf nichtdeutschem Boden abzuhalten, wird sich in erster Linie, aller Wahrscheinlichkeit nach, damit befassen, der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands eine ihrer gegenwärtigen Situation entsprechende Organisation zu schaffen, um den baldigen Sieg an ihre Fahne, die Fahne der Menschenbefreiung und Menschenverbrüderung, die auch unsere Fahne ist, zu knüpfen. Möge, Genossen Deutschlands, dieses Euer Streben, mögen alle Eure auf die endliche Befreiung des Proletariats abzielenden Arbeiten vom besten Erfolg gekrönt sein, und Ihr werdet dann — da kein Fortschritt, kein Sieg der Menschheit in einem Lande möglich ist, ohne nicht von wohlthätigen Folgen in den anderen Ländern begleitet zu sein — Euch nicht nur um das arbeitende Proletariat Deutschlands, sondern um das Proletariat aller Länder verdient gemacht haben.

Hoch Euer Kongreß! Hoch das Banner der Sozialdemokratie!  
Hoch das Proletariat aller Länder!

Im Namen der Ungarländischen Allgemeinen  
Arbeiterpartei:

Leo Frankel, Redakteur der „Arb.-Wochen-Chronik“.  
Geza Esorba, Redakteur der „Népszava“.

An den Kongreß der sozialistischen Arbeiter Deutschlands 1880.  
Porto, 24. August 1880.

Chere Brüder! Die unterzeichneten Mitglieder des Rathes  
der Sektionen der sozialistischen Arbeiterpartei Portugals zu Porto

wollen, da sie von der Abhaltung Eures geheimen, im Auslande stattfindenden Kongresses erfahren haben, die Pflichten der Solidarität nicht vergessen, welche die sozialistischen Arbeiter aller Länder sich schulden. Ueberdies hat sich der deutsche Sozialismus, welcher stets die Nothwendigkeit der Verstärkung und Verengerung der die Brüder in Europa und Amerika verbindenden Bande der Freundschaft und Brüderlichkeit erkannt hat, dadurch würdig gezeigt, die Beweise der innigsten Verehrung des arbeitenden Volkes der ganzen Welt zu empfangen. In Erfüllung dieser Pflichten senden wir Euch namens aller Genossen am Ufer des Duero unsere Glückwünsche zu Eurem Kongreß.

Die außerordentlichen Umstände, welchen der deutsche Sozialismus während der letzten Jahre unterworfen war, haben unsere lieben Brüder jenseits des Rheins — Dank den infamen Verfolgungen durch die autoritäre Bourgeoisie und der dem beschränkten und verlotterten Geist eines Bismarck zu ver dankenden blöden Verfolgungen — zu wahren Märtyrern der Sache des universellen Proletariats gemacht. Wenn wir den unvergleichlichen Werth der französischen Sozialisten, dem wir in kurzer Frist die materiellen Wohlthaten der Revolution verdanken werden, bewundern und achten, können wir nicht weniger bewundern die Ausdauer, die Umsicht und den Eifer, welche die sozialistische Bewegung des Vaterlandes Lassalles, Marx', Dührings, Schäßles und so vieler hervorragender Denker an den Tag legt.

Mögen die Erfolge Eures gegenwärtigen Kongresses günstige sein und dem deutschen Sozialismus neue Mittel des Kampfes und der Zurückeroberung geben, damit er sich aufs neue besetzte auf wahrhaft positiven und erfolgreichen Wegen. Ein sozialistischer Kongreß ist stets ein Riesenschritt auf dem Weg der Arbeiteremancipation, ein neuer Grundstein zur Befestigung schon bestätigter Ueberzeugungen und ein mächtiger Bahnbrecher des endlichen Triumphes des Proletariats. Vorwärts also, denn die Zukunft gehört den Arbeitern!

Empfange, theuere Genossen, die brüderlichsten Grüße!

O Conselho de Circulos do Partido Socialista do Porto

Jose Maria Pinna, Weber. Ermelindo Antonio Martins, Schmied. Joao Maria Pinna, Hutmacher. Francisco Viterbo de Campos, Schreiner. Jose da Silva Vino, Weber. Manuel Jose Martins, Schlosser. Joao Ricardo, Schuhmacher, Berichterstatter und Schriftführer für das Ausland.

An die zum Kongreß vereinigten deutschen Sozialisten.

Paris, den 16. August 1880.

Genossen! Die Redaktion der «Egalité» sendet Euch die Versicherung ihrer herzlichsten Sympathien.

Wir sind mit Euch und sehen mit vollem Vertrauen den festen und männlichen Beschlüssen entgegen, welche der erste geheime Kongreß der sozialistischen Partei Deutschlands zu fassen nicht verfehlen wird. Wir sind gewiß, daß die Beschlüsse würdig sein werden dieser großen deutschen Arbeiterpartei, deren rasch anschwellende und feste Organisation die besthenden und herrschenden Klassen aller Länder erzittern gemacht hat, während sie die Sozialisten der ganzen Welt mit Freude und Hoffnung erfüllte. So organisiert ist die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mächtig genug, den gewalthätigsten Verfolgungen zu widerstehen und, wenn nöthig, auch der Gewalt mit der Gewalt zu antworten.

Wie sollten wir nicht an Euren Arbeiten theilnehmen? Der Sozialismus ist international und die Proletarier müssen einig sein gegen ihre nationalen Unterbrüder in allen Ländern. Die soziale Revolution wird — wie sich die «Egalité» ausdrückte — international sein oder sie wird nicht sein.

Deutsche Genossen! Ihr habt zuerst die unschätzbare, treffliche Form gefunden, eine mächtige und disziplinierte Arbeiterpartei zu schaffen. Die französischen Sozialisten, welche eben mit der Organisation einer selbstständigen, im Gegensatz zu allen andern stehenden Partei beginnen, — sie haben das Recht, auf Euch zu zählen, gleichwie Ihr auf uns zählen könnt in der Stunde der nahen, unvermeidlichen internationalen Revolution, aus welcher die Befreiung des Proletariats beider Welten hervorgehen wird.

Die Sozialisten der französischen Arbeiterpartei reichen ihren Brüdern in Deutschland die Hände, indem sie ihnen zurufen: Einigkeit und Muth!

Für die Redaktion der «Egalité»:

Jules Guesde. Marouk. Emile Massard.

Genf, 17. August 1880.

Liebe Genossen! Wir zollen dem Gedanken Eures Kongresses Beifall und es ist unser heißestes Verlangen, daß er Erfolg habe.

Deutsche Sozialisten, zählt auf uns! Wir haben zur Zeit Eurer Wahlkämpfe unser Bestes gethan, um Euch zu unter-

stützen; und auch jetzt werdet Ihr uns, was auch komme, an Eurer Seite finden, und zwar nicht nur als Männer, welche die gleichen Gedanken theilen. Nein, wenn Ihr eines Tages durch die unerträglichsten Bedrückungen, durch die Macht der Ereignisse, durch taktische Gründe oder durch sonstige Beweggründe auf die revolutionäre Bahn gedrängt sein werdet, wenn eines Tages bei Euch die Fahne der Empörung erhoben wird: dann wird der Wiederhall dieses Aufrufes bei uns ungeheuer sein und große Massen werden dem Rufe folgen.

Wir sind überzeugt, daß das Proletariat die Herrschenden nur durch die Gewalt von ihren Thronen stoßen wird; aber wir enthalten uns heute jedes revolutionären (gewaltsamen) Vorgehens, weil wir in der Minderheit sind. Wir sammeln die Arbeiter, wir klären sie durch unermüdlige Propaganda auf, wir bereiten unser Proletariat vor für den großen Tag. Alle unsere Anstrengungen zielen dahin, daß das Volk an diesem großen Tag nicht nur von einem Enthusiasmus des Augenblicks erfüllt sei, sondern mit einer dauernden Begeisterung, welche die Wissenschaft, die Kenntniß seines Rechts und die Hoffnung, die Gewißheit des Sieges seiner Sache gibt. Zählt auf das sozialistische Proletariat Belgiens! Im Augenblick Eurer Triumpfe war es entzückt; im Augenblick der Gefahr wird es an Eurer Seite sein!

Obgleich wir die Ueberzeugung haben, daß Ihr selbst vollkommen im Stande seid, zu wissen, an was Ihr Euch zu halten habt, so glauben wir Euch doch sagen zu sollen, daß das Proletariat in allen Ländern noch keineswegs fortgeschritten genug ist, um uns in Masse zu folgen und unsern Sieg zu sichern.

Noch einmal, deutsche Brüder, zählt auf uns. Möge Euer Kongreß viele Früchte tragen, möge das größte Einvernehmen, die wärmste Freundschaft unter Euch herrschen, und unsere Sache kann daraus nur Gewinn ziehen.

Brüderlichste Grüße!

Im Namen des Landesrathes der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens:

Der Schriftführer: E. Anseele.

An den Kongreß der deutschen Sozialisten.

Genf, den 22. August 1880.

Werthe Genossen! In dem großen, unter dem Banner der Befreiung der Arbeit von dem Joche des Kapitalismus geführ-

ten Kampf spielte die Sozialdemokratie Deutschlands stets eine bedeutende Rolle. Ihre theoretischen Vertreter waren die Vorboten und Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus der Gegenwart; ihre Organisation sowohl als die Solidarität und Disziplin, welche ihr immer eigen war, dienten einerseits als Muster für die Sozialisten anderer Völker, während sie andererseits der Bourgeoisie aller Länder von jeher Furcht und Schrecken einflößten. Eure Freunde sowohl als Eure Feinde begriffen recht wohl den internationalen Charakter des Kampfes. Daher erweckte jeder Erfolg Eurer Partei Hoffnung und Freude in den Herzen Eurer Freunde; daher begrüßten Eure Feinde aller Nationen mit lautem Frohlocken die schändlichen Verfolgungen, die sich gegen Euch erhoben.

Nicht als müßige Zuschauer verfolgten die Sozialisten Rußlands diesen Kampf. Beständig darauf bedacht, die Verfolgungen einer der reaktionärsten Regierungen zu pariren, gezwungen, ihre eigene Thätigkeit gewissen speziellen Verhältnissen ihres Landes anzupassen, — vergaßen dessen ungeachtet die russischen Sozialisten nie, daß ihre Ziele im Großen und Ganzen mit den Zielen der Sozialisten aller zivilisirten Länder und folglich auch mit denjenigen der Sozialdemokraten Deutschlands identisch seien. Daher das lebhafteste Interesse, welche die russischen Sozialisten, trotz einiger Meinungsverschiedenheiten in Betreff des praktischen Theiles des Programms, der Entwicklung des Sozialismus in Deutschland zu jeder Zeit gewidmet haben. Uebrigens bedingt schon die unmittelbare Nachbarschaft beider Länder und das innige reaktionäre Bündniß zwischen deren Regierungen die Nothwendigkeit einer nicht minder innigen Verbindung zwischen den Sozialisten Deutschlands und Rußlands. Auch schon darum mußte der Ausgang Eures Kampfes nothwendigerweise unser lebhaftestes Interesse erwecken. Wir wissen, daß Euer Sieg ein Zeichen sein würde für den Ausbruch einer allgemeinen sozialen Revolution, der ja auch wir unsere Kräfte widmen; wir wissen, daß mit Eurer Niederlage diese Hoffnung noch einmal in die Ferne gerückt würde. Aber wir zweifeln nicht an Eurem Siege; die soziale Revolution ist eine unvermeidliche Folge der gegenwärtig zwischen Kapital und Arbeit herrschenden Verhältnisse.

Die Redaktion des „Tschernji Peredjel“ hat mich beauftragt, Genossen, Euch in ihrem Namen Sieg und Erfolg zu wünschen in dem ernstesten Kampfe, der Euch bevorsteht, und zugleich die Hoffnung auszusprechen, daß in möglichst naher Zukunft ein

internationaler Kongreß von Sozialisten aller Länder zu Stande kommen möge, der den Grundstein eines internationalen sozialistischen Bundes legen könnte, — eines Bundes, der stark genug ist, der gegen uns alle sich rüstenden Reaktion die Spitze zu bieten.

So empfanget denn unseren brüderlichen Gruß, Genossen, und die Versicherung, daß Euch die russischen Sozialisten mit der That beistehen werden. Sobald die Stunde schlägt, wo Ihr beschließen werdet, der feindlichen Gewalt Widerstand entgegenzusetzen, werden sie nicht zögern, der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihre Sympathie und ihre Solidarität zu beweisen.

Im Auftrage der Redaktion des „Tschornji Peredjel“:  
G. Plechanow.

Vorversammlung. Freitag, 20. August,  
Abends 8 Uhr.

Nachdem seitens der Redaktion des „Sozialdemokrat“ im Namen der Einberufer des Kongresses eine kurze Begrüßung der Parteivertreter stattgefunden, schritt man unverzüglich zur Wahl eines provisorischen Präsidiums für die Vorversammlung, und nachdem dieses erledigt war, zur definitiven Wahl des gesammten Büreaus für die Verhandlungstage (zwei Präsidenten und vier Schriftführer).

Alsdann wurde berathen und beschlossen, welche Tagesordnung aufzustellen sei und in welcher Reihenfolge die einzelnen Traktanden zur Berathung gelangen sollten. Es wurden die einzelnen Punkte in folgender Ordnung festgestellt: 1. Rassenbericht; 2. Allgemeiner Bericht mit darauf folgender Generaldebatte; 3. Die Spaltungsversuche in der Partei (Angelegenheit Most und Hasselmann); 4. Politischer Bericht; 5. Organisation und Wahlen; 6. Presse; 7. Sonstvorliegende Anträge. Nachdem dieses festgestellt war, trat man in die Erörterung der Verhaltensmaßregeln für sämtliche Theilnehmer des Kongresses nach Außen ein und wurde nach Erledigung dieses Punktes die Vorversammlung Abends 11 Uhr geschlossen.

Erste Sitzung Sonnabend, den 21. August,  
Vormittags 8 Uhr.

Hiermit begannen die eigentlichen Verhandlungen. Dieselben wurden eingeleitet mit der Verlesung der weiter oben mitgetheilten Soli-

baritäts- und Sympathie-Adressen, die mit lebhaften Allusionen begrüßt wurden. Hieran schloß sich die Verlesung einer, über zehn Bogen starken Anklageschrift gegen eine Reihe bekannter Persönlichkeiten in der Partei, die unterzeichnet war „Die vereinigten Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgebung“, sonst weder den Namen des Verfassers, noch des Absenders enthielt, wie aber von Wissenden konstatirt wurde, durch die Herren Körner, Finn und Konsorten veranlaßt und abgefaßt war. Der Parteigenosse, welcher dieses Schriftstück übergab, erklärte ausdrücklich, daß er die Vertretung desselben ablehne und nur seine Uebergabe übernommen habe.

Der Kongreß beschloß, auf dieses von Gemeinheit strotzende Aktenstück um so weniger einzugehen, da die Verfasser sich bereits von der Partei losgesagt und durch ihre parteifeindliche Haltung sich schon in solchem Maße des Wohlwollens des Berliner Polizeipräsidenten, Herrn v. Madai, erfreuten, daß derselbe den Hauptbetheiligten (Körner und Finn) bereits die provisorische Rückkehr nach Berlin gestattet habe. Auf das Aktenstück bezügliche Anträge sollten nach Erörterung der Angelegenheiten Most-Hasselmann erledigt werden. —

Es erfolgten die Kassenberichte, welche von drei Referenten erstattet wurden und darthun, daß trotz aller Maßregelungen und Verfolgungen seitens der deutschen Polizeibehörden und Gerichte, die Parteigenossen ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan haben, um auch durch finanzielle Opfer die Sache der Partei zu fördern.

Aus dem Bericht heben wir hervor, daß die Gesamtsumme der gesammelten Beiträge vom Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 1. August d. J. sich auf rund 37,310 Mark beläuft, wovon ca. 27,650 M. für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben wurden. Nicht einbegriffen sind die Unterstützungen, welche an vielen einzelnen Orten direkt gewährt wurden, ferner nicht die Opfer für Gemäßregelte und im Gefängniß sitzende Genossen, endlich nicht ein großer Theil der für Wahlen ausgegebenen Gelder. Alles dies zusammengerechnet, dürfte sich die Summe der gesammelten Gelder ohne Uebertreibung auf nahezu das Doppelte des oben angegebenen Betrags belaufen. Nach Anhörung der seitens der Versammlung mit allgemeiner Befriedigung aufgenommenen Berichte verspricht man zur Wahl einer Prüfungskommission, bestehend aus drei Mit-

gliedern, welche im Laufe der Verhandlungen über die vorgenommene Prüfung Bericht erstatten sollen. —

Aus der kurzen Debatte über die Finanzberichte heben wir hervor, daß ein Redner sich glaubte darüber beschweren zu müssen, daß diejenigen Berliner Ausgewiesenen, die den Sachverhalt genauer kannten, sich nicht veranlaßt sahen, öffentlich gegen Herrn Hasselmann aufzutreten, als dieser die erlogene Behauptung in die Welt geschickt, es seien an die Berliner Familien nicht mehr als 1300 M. ausbezahlt worden. Durch dieses Schweigen habe die Hasselmann'sche Verleumdung mehrfach den Schein der Wahrheit erweckt. Nachdem noch ein Redner auf die Opfer hinweist, die nicht in dem erstatteten Bericht enthalten seien, wird die Debatte geschlossen. —

Man geht hierauf zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung über, dem allgemeinen Bericht.

Es sei, sagt Referent, unter anderem dem früheren Parteivorstand und zum Theil auch den Abgeordneten ein großer Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie mit Eintritt des Gesetzes nicht mit einer Neuorganisation fertig waren. Dem gegenüber sei zu bemerken, daß doch vor Allem die beabsichtigten Schläge abgewartet werden mußten. Diese kamen nun allerdings sehr rasch, und es kam dann zunächst darauf an, die vorhandenen Parteieinrichtungen so weit als möglich zu retten, und auch den Genossen, welchen durch ihre seitherige agitatorische Thätigkeit jegliche Rückkehr zu irgend einer anderen bürgerlichen Beschäftigung unmöglich gemacht ist, eine möglichst unabhängige Stellung zu wahren. Trauriger Weise wurde gerade letzterer Umstand von verschiedenen Seiten zu Angriffen gehässigster Art benutzt. — Von den Behörden wurden jedoch die Blätter, welche herausgegeben wurden, Schlag auf Schlag verboten, so daß beispielsweise in Leipzig es unmöglich war, in der dortigen Druckerei noch ein Blatt herzustellen. Daher tauchte um Weihnachten 1878 der Gedanke auf, mit einem anderen Verleger in Betreff eines Blattes in Verbindung zu treten.

Referent theilt die Schritte mit, die in Folge dessen geschehen und welche ausführlich dargelegt sind in der von Genossen Bebel gegen den Buchhändler Findel in Leipzig veröffentlichten Broschüre, der eine zweite in derselben Sache, von Genosse Hasenkleeber herausgegeben, folgte. Die offene Darlegung dieser Verhältnisse zeige zur Genüge, daß die Anklage, man habe die Partei an die Fortschrittspartei „verrathen“ wollen, eine Lächerlichkeit sei,

die jene selbst nicht glaubten, welche sie fortgesetzt aussprengten und die ohne jene Darlegungen gar nicht im Stande wären, Genaueres von jenen Vorgängen zu wissen. Referent erläutert weiter die Taktik, welche man seitens der Parteivertretung gegenüber dem Sozialistengesetz einzuhalten für nothwendig erachtet habe. Diese sei insbesondere von Most heftig und ungerechtfertigt angegriffen worden, während derselbe in den ersten Monaten des Erscheinens der „Freiheit“ einen Standpunkt eingenommen habe, der genau dem der deutschen Parteivertretung entspreche, was Referent des Weiteren nachweist.

So begeisterte er sich noch für die Kräder'sche Wahl in Breslau, lobte den Ausfall der Döbelner Wahl, während er kurz darauf einen dem diametral entgegenstehenden Standpunkt einnahm. Ähnlich verhielt es sich mit seiner Haltung zu fast sämtlichen Parteifragen. Man merkte eben allmählig den Einfluß des Lebens im Ausland, wie sich dieser Einfluß von jeher im Flüchtlingsleben gezeigt hat. Was die sogenannte „friedliche Umgestaltung“ und den „gesetzlichen Weg“ betrifft, so seien diese Sätze von der Gesamtpartei niemals anders aufgefaßt worden, als daß damit die Partei ihre Absicht ausspreche, auf friedlichen und gesetzlichen Wegen, so weit dies von ihrem Willen abhängt, zu ihrem Ziele zu gelangen, und daß, wenn dies nicht möglich sei, dies nicht die Schuld der Partei, sondern ihrer Feinde sei, welche die reformatorische Entwicklung verhinderten. Dagegen sei die „Revolutionsmacheri“ des Herrn Most ein Nonsens, nur geeignet, die Partei gegenüber den reaktionären Behörden zu kompromittiren. — Die Haltung der Parteivertreter gegenüber der Schutzollpolitik sei stets so gewesen, daß dabei nur die Interessen der Arbeiter im Auge gehalten wurden. Volle Einstimmigkeit war unter ihnen vorhanden, gegen alle Bölle auf Lebensmittel zu stimmen. Die in Gotha 1876 vom Kongreß angenommenen Resolutionen, welche Referent verliest, und welche auch Most mit verfaßt hat und öffentlich vorzuschlug, war eigentlich viel schutzöllnerischer, als jemals den Abgeordneten unserer Richtung im Reichstage zu sein eingefallen ist. Uebrigens gestalten sich sehr viele Fragen in der Praxis oft ganz anders, als es vorher durch Resolutionen und Beschlüsse zu formuliren versucht wurde, ohne daß wir etwas dagegen thun könnten.

Bezüglich der Landtagswahlen, z. B. in Sachsen, hat die Partei genau ihren alten Standpunkt eingehalten. Die Betheiligung an den Wahlen ist bisher stets als eine Zweckmäßig-

keitsfrage angesehen worden. Man erwog einfach, ob der Erfolg ein genügender sein werde, um sich daran zu betheiligen, und es verstand sich alsdann von selbst, daß seitens der Gewählten der auswärts viel bemängelte Verfassungseid geleistet wurde. Schon längst ist auf Kongressen beschlossen worden, sich an Gemeinde- und Landtagswahlen zu betheiligen, und man hat dies, wo das Wahlgesetz es ermöglichte, auch vielfach gethan und auch hie und da Erfolge erzielt. Daher beschloß auch die speziell zu diesem Zweck stattgehabte sächsische Landesversammlung einstimmig die Betheiligung, und es ist auch in der That nicht einzusehen, warum unter dem Ausnahmegesetz das nicht gethan werden sollte, was zur Zeit der offenen Agitation ruhig betrieben worden war. Daß wenn nun Jemand in den Landtag gewählt wird, er auch den Verfassungseid leisten muß, wenn er nicht auf die Ausübung seines Mandats verzichten will, und damit die ganze Wählerei rein überflüssig wird, ist so selbstverständlich, wie die Ableistung des Fahren- oder des Gemeindegewerke-Eides. Vielleicht empfiehlt es sich, um unseren Standpunkt gegenüber der Eidfrage klar zu legen, gelegentlich im sächsischen Landtag den Antrag auf Abschaffung des Eides einzubringen, welcher natürlich abgelehnt werden wird, der aber unseren Vertretern Gelegenheit gibt, sich gründlich darüber auszusprechen. (Zustimmung.)

Was die sogenannten Lokalblätter der Partei und deren Haltung anlangt, so habe der Kongreß, nach der Meinung des Referenten, eigentlich gar nichts dreinzureden. Es gibt keine Lokal-Parteiblätter mehr. Die Blätter, die existiren und etwa von Parteigenossen redigirt und herausgegeben werden, können nicht im Sinne der Partei schreiben, dieselben sind reine Privatunternehmungen und haben für sich selbst zu sorgen. — Den angeblichen Geschäftssozialismus, der mit farblosen Blättern getrieben werden soll, hat wohl Niemand mehr kultivirt als Herr Hasselmann, und Herr Most war selbst bereit, wie aus vorhandenen Briefen von ihm nachgewiesen werden kann, sich an die Spitze eines solchen farblosen Blattes zu stellen. — Will man hier auf dem Kongreß jedoch den Vorwurf des „Geschäftssozialismus“ aufrecht halten, so trete man wenigstens mit Thatfachen auf. Referent weist nach, wie eine ganze Reihe in dieser Richtung erhobener Beschuldigungen auf Mißverständnis oder unwahren Behauptungen beruhen.

Eine Reihe von weiteren Mittheilungen über das innere Partei-

leben in Deutschland, die der Referent machte, müssen aus nahe-  
liegenden Gründen öffentlich unerörtet bleiben. —

Der Präsident schlägt vor, in die nun folgende Diskussion  
einzuschließen: Veränderungen des Programms, Zoll- und Mono-  
polfrage, Resolutionen über die Taktik der Partei, Wahlen, Unter-  
stützungswesen, Beschwerden über die Parteileitung u. s. w. —

Der darauf folgende Redner glaubt aussprechen zu müssen,  
daß die Partei inklusive der Abgeordneten zu Anfang des Aus-  
nahmestandes sich nicht ganz auf der Höhe der Situation hiel-  
ten; die leitenden Personen hätten das Ruder Anfangs zu sehr  
aus der Hand gegeben und die Parteigenossen in der Provinz  
ohne Direktive gelassen, wodurch es hauptsächlich möglich wurde,  
daß Most den Einfluß erlangen konnte, den er da und dort hatte.

— Redner kritisiert sodann in scharfer Weise das Vorgehen  
Most's und dessen Inkonsequenzen, zu welchen noch Lumpereien,  
Fälschungen und Lügen der schlimmsten Sorte kämen. — Betreffs  
der Unterstützungsfrage hat Redner keinerlei Vorwürfe zu erheben,  
empfiehlt jedoch straffere Zentralisation; eine Programmänderung  
hält er nicht für wünschenswerth.

Hierauf wird  $\frac{3}{4}$  1 Uhr die Sitzung auf  $\frac{1}{2}$  3 Uhr vertagt.

Zweite Sitzung. Sonnabend, 22. August,  
Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Es sind eine Reihe von Anträgen eingegangen und wird be-  
schlossen, dieselben mit zur Diskussion zu stellen, nachdem vorher  
noch festgestellt wird, daß eine Beschränkung der Redezeit für die  
Generaldiskussion nicht stattfinden soll. —

Der erste Redner kritisiert zunächst, daß, wenn man der Ueber-  
zeugung sei, daß die Führer der Partei gethan haben, was  
unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, damit ein Ver-  
trauensvotum für dieselben ausgesprochen werde, dem er, Redner,  
sich vollständig anschließe.

Thatsache sei, daß man durch die Handhabung des Gesetzes  
seitens der Behörden theilweise überrascht worden sei. Es sei  
unbestreitbar, daß die Behörden bei der Ausführung des Gesetzes  
weit über den Rahmen desselben hinausgegangen seien, und wenn  
deshalb nach Vorkommnissen, wie z. B. die Erklärung des Be-  
lagerungszustandes über Berlin, für einen Moment Verwirrung  
eintrat, so sei darüber den Führern kein Vorwurf zu machen.  
Keine der in Deutschland existirenden Parteien habe jemals einen

solchen Schlag zu überwinden gehabt, und wenn die deutsche  
Sozialdemokratie trotz aller gegen sie ausgespielten Infamien  
heute sich noch als lebensfähig erweise, so befinde dies eben,  
daß sie an Haupt und Gliedern gesund, und die von den Füh-  
rern nach Erlaß des Gesetzes eingeschlagene Taktik die rich-  
tige sei.

Ein Verbrechen an der Partei sei es daher, wenn von Most  
vom Auslande her Zwietracht in die Reihen der deutschen Sozial-  
demokratie zu säen versucht wurde. Pflicht des Kongresses ist es,  
auszusprechen, daß er mit der bisherigen Haltung der Parteiver-  
tretung einverstanden sei, dagegen aber das Gebahren Most's  
und seiner Freunde auf's entschiedenste verurtheile. —

Der nun folgende Redner bringt die bekannte Fidleistungs-  
Angelegenheit im sächsischen Landtag zur Sprache und wünscht  
derselbe, daß der Kongreß aussprechen möge, daß die Fidleistung  
kein Grund für unsere Genossen sei, sich nicht an den Wahlen  
zu den Landtagen zc. zu betheiligen und daß sie, wenn gewählt,  
in dieselben als Arbeitervertreter einzutreten haben.

Weiter wünscht der Redner, daß die auf dem Kongreß in  
Gotha im Jahre 1876 gefasste Resolution, wonach die Schutzoll-  
resp. Freihandelsfrage als eine offene zu behandeln sei, dahin  
abgeändert werden möge, daß diese Fragen als interne Angelegen-  
heiten der Bourgeoisie zu betrachten seien, die den Arbeiter nichts  
angehen. —

Ein anderer Redner tritt für die Parteiführung ein, beschwert  
sich aber dann, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten  
im Reichstage bei wichtigen Fragen theilweise nicht geschlossen  
gestimmt haben. Redner meint, daß mit der Schutzollpolitik  
in unseren Reihen theilweise Gefühlspolitik getrieben werde, und  
das dürfe nicht sein. In Bezug auf die Presse glaubt Redner,  
daß das Hauptaugenmerk vor Allem darauf zu richten sei, daß,  
wenn auch die Arbeiter Deutschlands mit sozialistischen Pres-  
serzeugnissen nicht im gewünschten Maße versehen werden können,  
doch dafür gesorgt werden müsse, daß die im Dienste der Bour-  
geoisie stehende Presse möglichst von den Arbeitern fern gehalten  
werde. — An dem Programm will Redner nichts geändert wissen,  
doch hält er es für nothwendig, daß der Kongreß zu den Pro-  
jekten des Tabakmonopols und der staatlichen Zwangsversicherung-  
klassen Stellung nehme und zwar im ablehnenden Sinne. —

Der nun folgende Redner, Genosse Greulich aus Zürich,  
führt sich als Angehöriger der schweizerischen Sozialdemokratie

ein. Er sei gekommen, um die deutschen Genossen auf Schweizerboden zu begrüßen und sie zugleich der Sympathien der schweizerischen Sozialdemokratie zu verschern.

Angriffe, wie diejenigen, welche gegen die verdienstvollsten Vertreter der Partei geschleudert wurden, haben mich, so führt der Redner aus, tief ergriffen. Ich sehe aber auf dem heutigen Kongresse, daß die Kadres der deutschen Sozialdemokratie intakt geblieben sind, und so wird es auch künftig nicht gelingen, dieselben zu sprengen. Unbegreiflich ist, wie Diejenigen, welche angeblich die Revolution wollen, ihr Bestreben nur darauf richten können, das Heer der Sozialisten durch Zwietracht zu schwächen. Zu einer Revolution würde doch vor allem einiges Zusammenhalten gehören. Leider sind die schlimmsten Folgen der durch Most-Hasselmanntrobozirkten Feindseligkeiten in ihrer ganzen Schwere auch über die Schweiz hereingebrochen. Dies ist zu beklagen, Redner hofft aber, daß dieser Kongreß eine einheitliche Zentralisation schaffen werde, an welche sich dann auch die Brüder im Auslande anlehnen und der Friedensstörer dadurch Metter werden können. An eine große Revolution ist jetzt nicht zu denken und die Kleinen sind überflüssig. Wenn ein Kristallisationspunkt für die organische Entwicklung geschaffen ist, wird die Partei auch wieder größere Sympathien bei der Allgemeinheit finden. Die deutschen Sozialisten der Schweiz werden sich mit größerem Eifer in die Bewegung werfen, wenn sie das gute Beispiel der Sozialisten Deutschlands augenfällig vor sich haben. Jetzt sind erstere noch theilweise von Most beeinflusst. Redner bittet schließlich, es nicht für eine Abweichung vom internationalen Prinzip zu betrachten, wenn in der schweizerischen Bewegung die nationalen Eigenthümlichkeiten in Zukunft etwas mehr berücksichtigt werden sollten. Die Verhältnisse erfordern dies. —

Ein Vertreter erklärt hierauf den hie und da laut gewordenen Klagen über zu eigenmächtiges Auftreten der Parteiführer gegenüber, daß man unter den Genossen seiner Heimath sogar nichts dagegen habe, wenn eine förmliche Diktatur in der Partei eingeführt werde. Außergewöhnliche Umstände verlangen auch außergewöhnliche Maßnahmen. Weiter wünscht Redner, daß von jetzt ab die Polemik gegen Most-Hasselmannt im „Sozialdemokrat“ etwas mehr zurückgedrängt werde. —

Der nun folgende Redner konstatirt zunächst, daß es unbillig sei, von den Führern zu verlangen, daß sie bei Erlaß des Sozialistengesetzes gewissermaßen die Vorsehung spielen und alle

Schläge pariren sollten. Man mußte bei Erlaß des Gesetzes wohl, daß Schläge fallen werden, aber nicht, in welcher Weise sie geführt wurden. Man mußte auf alles gefaßt sein, aber erst die Thatsachen abwarten, bevor man handeln konnte. Ein anderes Verhalten wäre nur am Platze gewesen, wenn man entschlossen war, die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen; dies aber zu thun, wäre unter den obwaltenden Verhältnissen reiner Wahnsinn gewesen. Wenn hie und da nach Erklärung des Sozialistengesetzes Verwirrung eintrat, so war dies weniger bei den Führern als bei den Massen der Fall. Die Gründung der „Freiheit“ durch Most und die Londoner Genossen war eine übereilte Handlung.

Ueber die Frage, ob es am Platze gewesen wäre, sofort nach Verbot des „Vorwärts“ denselben im Ausland erscheinen zu lassen, kann man verschiedener Meinung sein; unter keinen Umständen kann es aber gebilligt werden, daß man in London die „Freiheit“ herausgab, ohne auch nur mit einem Worte die in Deutschland gebliebenen Führer der Partei zu befragen. Dieses willkürliche Vorgehen Most's war es auch, welches das Scheitern seines Unternehmens nothwendig zur Folge haben mußte. Die Partei konnte diese Auflehnung gegen die Parteidisziplin nicht dulden; Most's Gebahren fand energischen Widerspruch, anstatt sich aber zu fügen, begann er zu heizen und zu verdächtigen, was dann später den vollständigen Bruch zur Folge hatte. Der Einwurf, daß Most sofort Neues geschaffen habe, während die alte Parteileitung nichts von sich hören ließ, kann nur für Diejenigen einen Schein von Recht für sich haben, die den wahren Sachverhalt nicht kennen. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes galt es vor allem, wieder Ordnung unter den Trümmern der Partei zu schaffen. Hunderte von Genossen wurden mit Einem Schläge existenzlos, Tausende von Parteigeldern gingen verloren und nach Duzenden zählen die Genossen, die durch den Ruin unserer Unternehmungen an den Bettelstab gebracht waren. Dazu kam die Erklärung des Belagerungszustandes in Berlin und die Proklamirung der absoluten Rechtlosigkeit der Sozialdemokratie. In dieser Zeit nun, in welcher außerdem noch eine große Anzahl von Genossen in den verschiedensten Gefängnissen saßen, für die oder deren Familien gesorgt werden mußte, kam mit einem Male Johann Most von London aus, wohin er mit Hilfe des in Deutschland gesammelten Geldes geflohen war, und zieht die in Deutschland verbliebenen Führer der Feigheit und des

Berrathes. Als echter Feigling hatte Most nicht den Muth, in Deutschland zu bleiben und da den Kampf aufzunehmen, sondern er floh in's Ausland und fiel dann von dort seinen eigenen früheren Freunden in den Rücken.

Die Parteiführung hat aber trotzdem keinen Augenblick gewankt; die Liquidation der alten Parteiorganisation ist vor sich gegangen, die theilweise zerrissenen Fäden wurden wieder angeknüpft und nachdem die Folgen des ersten feindlichen Ansturms vorüber sind, steht die Partei wieder einig und geschlossen da, bereit, für unsere Prinzipien den Kampf weiter zu kämpfen. Der Vorwurf, daß nichts geschehen, sei hinfällig, angesichts der erschrockenen Wahlstege, der nach Tausenden betragenden für Parteizwecke aufgebrachten Summen und vor allem angesichts des Kongresses, welcher ein sprechender Beweis dafür sei, daß die Partei lebt und zu kämpfen und zu siegen entschlossen sei. Die treu gebliebenen Führer der Partei können guten Muths vor den Kongreß hinstreten und Rechenschaft über ihre Handlungen ablegen; fortgeblieben sind nur deren Ankläger Most und Hasselmann. —

Der Pariser Delegirte erklärte hierauf: Die Most'sche „Freiheit“ sei im Anfang von den Genossen im guten Glauben verbreitet worden, weil sie nicht wußten, welche Bewandniß es damit hatte. Es war ein Fehler der deutschen Parteiführung, daß sie nicht sofort die ausländischen Genossen darüber aufklärte. Von der deutschen Partei war im Auslande fast ein Jahr lang nichts zu hören, dadurch gewann Most dort Terrain. Die Pariser und Brüsseler Genossen wünschen sehr, daß eine kräftige Organisation und eine Reinigung der Partei von faulen Elementen vorgenommen werde. —

Ein früherer Freund Most's erinnert daran, was derselbe früher war: Ein Mann, der in der selbstlosesten Weise gekämpft und so viel im Gefängniß gelitten hat. Von dem, meint der Redner, kann man nicht so ohne Weiteres Verrath voraussetzen. Man hatte dazu kein Recht, auch noch nicht, als er die Zeitung gründete, so wenig man ihn auch zum selbstständigen Leiter der Partei für geeignet hielt. Man mußte abwarten, was er thun würde. Man sagt, es sei keine Direktive gegeben worden. Hat denn nicht Bebel eine ganze Stunde lang im Reichstag haarklein erörtert, was die Partei thun würde, wenn das Gesetz vorhanden ist? Das sagte er nicht zum Reichstage, sondern er sprach zum Volke. Warum haben einzelne Genossen diese Direktive nicht

befolgt? Was kann der Felbherr thun, wenn die Massen hinter ihm weichen? Ein großer Theil der sozialistischen Wählerschaft stand nicht auf der Höhe der Situation, und wir müssen uns angesichts dieser Thatsache hüten, uns zu Unternehmungen hinreißen zu lassen, denen wir nicht gewachsen sind. Wenn wir nicht seit Jahrzehnten zu einer vernünftigen Taktik gerathen hätten, wären mit dem Sozialistengesetz die Putsche gekommen, und wir wären niedergeworfen worden, wie unsere französischen Brüder mehrmals niedergeworfen worden sind. Unsere Taktik kann nur darauf hingingen, den Kampf wie bisher fortzusetzen und die Phrase von der Gewalt zu beseitigen, denn durch sie gewinnen wir nur hohle Köpfe. Eine feste, dabei natürlich charaktervolle Sprache sei für unser Parteiorgan zu empfehlen. — In Bezug auf die Geldsammlungen sei zu bemerken, daß große Distrikte, die als günstig für uns gelten, nichts aufgebracht haben. Das muß in Zukunft besser werden. —

Ein deutscher Genosse, der in der Schweiz lebt, präzisirt die Stellung der Parteigenossen im Auslande zur Partei. Der Schwerpunkt müsse selbstverständlich im Inlande liegen. Doch solle man das Wirken der im Auslande lebenden Genossen nicht unterschätzen. Sodann erklärt er für nothwendig, die vorhandenen Beschwerden zu prüfen. Es sind mehrfach solche gegen die bisherige Führung gekommen. Ein großer Fehler war, daß man das Partei-Organ überhaupt unterbrach und nicht sofort im Auslande weiter erscheinen ließ. Es kostet jetzt unendliche Mühe, es wieder allenthalben einzuführen. An den mißlichen Verhältnissen war allerdings die Masse in erster Linie Schuld; dieselbe dirigirt sich nicht selbst, sondern bedarf zur Zeit noch energischer Leitung. Er könne und werde kein Tadelsvotum aussprechen, aber zu sagen, es hätte gar nicht besser gehandelt werden können, das empfehle er nicht. Er konstatiere nur, daß die Führer mit bestem Willen und mit allen Kräften gearbeitet haben, und dahingehend werde er auch für ein Vertrauensvotum stimmen. Unter einer strammeren Organisation werden dieselben Männer jedenfalls Besseres leisten. Er stimme aber der Taktik unserer Parteivertreter völlig zu, und wünsche nicht, daß dieselbe geändert werde. —

Die Parteiführer, so äußert sich der nun folgende Redner, wußten so wenig wie die Parteigenossen, daß Most und Hasselmann handeln würden, wie es geschah. In einigen Orten haben zweifellos die Parteigenossen den Kopf verloren und sich zu sehr

vor der Polizei gefürchtet. Die Wege waren den Genossen vor-gezeichnet, einzelne Orte haben aber gar nichts gethan, und manche lokale Führer rühren sich bis jetzt noch nicht. Im Ganzen aber hat die Partei ihre Feuerprobe bestanden. —

Dem antwortet ein anderer Vertreter: Es sei auch schon manche Schlacht verloren worden, weil die Führer nicht zur rechten Zeit handelten. Most habe erst die Wege gezeigt, die wir gehen mußten. Der „Sozialdemokrat“ sei im Anfange zu matt gewesen. Das Volk sei revolutionär und es sei nöthig, daß der „Sozialdemokrat“ radikaler werde und in Zukunft keinen „Stänkereien“ mehr Raum gebe. Redner empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Propaganda die Flugschriftenverbreitung. —

Ein Mitglied des Kongresses überreicht hierauf ein Memorandum von Berliner Genossen, worin dieselben den Reichstagsabgeordneten sowie der Redaktion des „Sozialdemokrat“ ihr Mißtrauen aussprechen und die eventuelle Ausschließung eines der Abgeordneten beantragen. Das Schriftstück wird verlesen und mit zur Diskussion gestellt. —

Gutschmann (Basel): Die Schweizerische Arbeiterpartei ist dadurch zum Theil mit Most in Berührung gekommen, daß das Zentral-Organ nicht sofort im Auslande erschien. Dies war ein Fehler, den man nicht zu verleugnen braucht, wenn man auch sonst mit den geschehenen Handlungen im Ganzen einverstanden ist. Ebenso verhalte es sich mit Äußerungen von Abgeordneten im Reichstage, die zu Mißverständnissen Anlaß gaben. Die Partei müsse auf dem proletarisch-revolutionärem Standpunkte beharren. Er wisse nicht, warum man bei Stichwahlen für Sonnemann zc. stimme. Dagegen müsse von den Parteigenossen verlangt werden, daß sie den Führern volles Vertrauen schenken. Sonst habe die Disziplin ein Loch. Hinsichtlich der Haltung des „Sozialdemokrat“ sei zu beachten, daß wir uns nicht an den kalten Verstand wenden, sondern das Volk entflammen müssen. Dann werden die Massen die Führer vorwärts treiben. Die Schweizer Sozialisten wollen nicht national sein, sie wollten sich den deutschen, wenn diese revolutionär sind, völlig anschließen. —

Ein süddeutscher Redner glaubt, daß man nicht ein volles Jahr zu warten brauchte, um den „Sozialdemokrat“ zu gründen. Aus den Reichstagsverhandlungen über das „Sozialistengesetz“ konnte man ungefähr ersehen, was kommen mußte, wenn auch nicht in vollem Umfange. Es sei nicht ausschließlich Verdienst

der Führer, daß die Partei noch intakt sei. Die Parteigenossen haben selbst zur Gründung des Parteiorgans gedrängt. Mit dem Schund, welchen man von London schickte, war man halb fertig. Die alte Parteileitung hat ihre Auflösungserklärung zu ernst genommen. Man glaubte nirgends, daß sie wirklich niederlegen würde, aber sie hat die Verbindung mit den Genossen wirklich abgebrochen. Man blieb über die Vorgänge in der Partei im Unklaren. Gegen den Vorredner fragt Redner: „Wir sollen revolutionärer werden — was heißt das aber? Sollen wir los schlagen, oder sollen wir mehr Phrasen bringen? Darüber wünsche ich doch Aufklärung.“ — Die Korrespondenzen im „Soz.“ seien nothwendig, da sie das Interesse in den einzelnen Orten wachhalten. Das Vertrauen zu den Führern sei vorhanden, dies beweisen die Sammlungen. Gerade weil dieses allgemeine Vertrauen aber vorhanden ist, müsse man sich um so mehr gegen die Erbärmlichkeiten des verlesenen Berlin-Hamburger Pamphlets verwahren. In Süddeutschland sage man einfach: der Hasselmann ist ein Lump und der Most ein Narr — wir stehen zur alten Fahne und damit Punktum! —

Der nun folgende Redner bemerkt, daß man auch in seiner Heimath mancherlei Beschwerden höre, doch sei man sich dort klar, daß unter den heutigen Verhältnissen die hie und da auftauchenden Gerüchte mit besonderer Vorsicht zu prüfen seien. Redner erklärt, daß nach seiner und seiner Freunde Ansicht die soziale Gerechtigkeit nur in einem politisch freien Staate durchgeführt werden könne, und ist er Gegner jeder Diktatur, im Staat sowohl als auch in der Partei. —

Uhle (Zürich): Es sei ihm sehr klar, daß es so gekommen wie es nach dem Sozialistengesetz kam. Die Partei wurde auf ein Terrain getrieben, welches ihr völlig neu war und sie mußte sich erst einrichten. — Most's Angabe, er sei zu seiner Haltung gedrängt worden, widerlege sich u. a. auch durch die Angaben des Pariser Delegirten. Most hat Jeden, der für die Partei arbeitete, beschimpft, theilweise Einzelne sogar denunziert; es ist daher nicht möglich, daß sich unter den Anhängern der „Freiheit“ noch gute Genossen befinden. — Die Polemik gegen die „Fr.“ im „Sozialdemokrat“ war nothwendig und wurde von den Parteigenossen gefordert. Die Flugblätter müssen im Großen herausgegeben und verbreitet werden; sie müssen uns die unmöglich gemachten Volksversammlungen ersetzen. —

Der Pariser Delegirte warnt vor den Abgesandten Most's, welche sich in Paris gewöhnlich als Polizeispizel entpuppten. —

Der nun folgende Redner erklärt, daß es ihm scheine, als ob man in Angriffen gegen die Parteiführung doch zu weit ginge. Man gesteht zu, daß die Lage eine höchst bedenkliche war, und dennoch häuft man Anklage auf Anklage. Bestand denn die Partei aus Kindern, die lediglich auf die Führer angewiesen waren? Viele der jetzigen Ankläger waren s. Z. sehr pessimistisch gestimmt. Er (Redner) könnte eine Reihe von Städten nennen, wo trotz aller Anregung nichts zu schaffen möglich war. Das sollten wir bei unserer Kritik nicht vergessen. Was sollte denn die Partei thun? Wir haben jetzt keine bezahlten Parteibeamten wie früher. Die frühere öffentliche Thätigkeit war durch das Gesetz unmöglich geworden. Aufforderungen zum Organisiren zc. werden dadurch gefährlich, daß die Parteigenossen zu wenig Vorsicht mit Schriftstücken beobachten. Es sind Geldersammlungen arrangirt und die Aufforderung an alle Adressen gesandt worden. Eine große Anzahl Orte haben aber nichts gesandt. Man verlangt Flugblätter, eine Zeitung zc.; aber wo sollen die Mittel dazu herkommen, wenn die Genossen nicht opferwilliger sind? Man hätte durch sofortige Gründung eines ausländischen Blattes gar nichts gewonnen. Die Verbreitungs-Vorbedingungen für ein solches waren gar nicht vorhanden. Die Gründung des „Sozialdemokrat“ war nur nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten möglich und dadurch verspätet. Bei Erlass des Sozialistengesetzes dachte übrigens Niemand daran, ein Blatt im Ausland zu gründen. Most selbst schrieb einen Brief an einen Genossen, laut welchem er in Berlin bleiben und dort journalistisch thätig sein wollte. Er projektirte ein kleines Blatt, welches nicht sozialistisch sein, sondern nur Thatsachen bringen sollte und daher „unantastbar“ sein würde. Redner verliest den betr. Brief, in dem Most noch die Hoffnung ausspricht, nicht nach Amerika auszuwandern zu müssen, sondern in Deutschland eine „Höhle“ zu finden; weiter warnt er vor den „Ungebuldsgefahren“. (Redner verliest zur Bestärkung des Obigen noch zwei weitere Schriftstücke des Herrn Most.) Erst durch Most's Verhalten zur Reichstagssthätigkeit unserer Abgeordneten ist die Feindseligkeit provoziert worden. — Im Allgemeinen solle man nicht vergessen, daß die Parteigenossen selbst vielfach Schuld daran tragen, daß nicht mehr geschehen konnte, als gethan wurde.

Die Sitzung wird  $\frac{1}{2}$  9 Uhr vertagt bis zum nächsten Tag, Sonntag, früh 8 Uhr.

Dritte Sitzung. Sonntag, 22. August,  
Vormittags 8 Uhr.

Zuerst gelangt die Präsenzliste, welche die Anwesenheit von 55 Delegirten ergibt, zur Verlesung. Alsdann wird das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung verlesen und nach einigen Monirungen genehmigt. Es wird konstatirt, daß die verlesenen Briefe Most's erst dann zur Veröffentlichung gegeben worden seien, als Most darauf bezügliche hämische Bemerkungen in der „Freiheit“ gemacht habe; somit sei jeder Verdacht eines ungerechtfertigten Gebrauchs dieser Briefe, bezw. eines Vertrauensmißbrauchs ausgeschlossen.

Nach Verlesung einer Zuschrift von Mailänder Parteigenossen wird beschlossen, für die nun folgende Spezialdiskussion jedem Antragsteller eine Redezeit von zehn Minuten, den übrigen Rednern eine solche von fünf Minuten zu gestatten. —

Zu Punkt I der Tagesordnung, betr. das Programm, sind folgende Anträge eingelaufen:

- a) „Betreffs der Frage Schutzzoll oder Freihandel schließen wir uns völlig der Resolution an, welche s. Z. vom Genter Weltkongreß mit Einstimmigkeit angenommen wurde, daß nämlich diese Frage eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie sei.“
- b) Von einem deutschen Genossen in der Schweiz:  
„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hält aller Verfolgungen und Anfeindungen ungeachtet fest an den Grundsätzen des auf dem Vereinigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie 1875 in Gotha vereinbarten Programms. Ohne dasselbe in seiner heutigen Fassung als unverbessertlich hinstellen zu wollen, erklärt sie eine Abänderung ihres Programms aus dem Grunde für unnöthig, weil durch die veränderte Lage der Partei die Grundsätze derselben keinerlei Veränderung erfahren können, die Haltung oder Taktik aber, wie es in allen von der Partei veröffentlichten Brochüren betont worden ist, nicht von irgend einem Programm, sondern von der Haltung unserer Gegner bestimmt wird. Die Sozialdemokratie erklärt nach wie vor, daß sie den Weg organischer Reformen nicht grundsätzlich verschmäht, daß es somit den heutigen Machthabern selbst zuzuschreiben ist, wenn sie ihre auf das Wohl der Gesamtheit gerichteten Bestrebungen auf anderem Wege zu verwirklichen sucht“.

c) Von einem deutschen Vertreter:  
„Im Absatz II des Gothaer Programms das Wort „gesetzlich“ zu streichen.“

d) Von deutschen Genossen in Zürich:  
„Obgleich wir das Gothaer Programm nicht für unfehlbar und verbesserungsunfähig halten, sind wir der Ueberzeugung, daß jetzt nicht die Zeit zu einer Programmänderung ist; wünschen aber, daß der Kongreß eine Erklärung erlasse und zusammen mit dem Programm veröffentliche, welche den heutigen, durch die Ausnahme-gesetzgebung und ihre Folgen herbeigeführten, veränderten Standpunkt der Partei erklärt und namentlich eine unzweideutige Erklärung des sogen. „gesetzlichen Weges“ mit Rücksicht auf die heutige ungesetzliche, revolutionäre Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie gibt.“

Der Referent für den Antrag d beponirt: Der von ihm eingebrachte Antrag gehe von den bewährtesten Genossen Zürichs aus. Er halte, entgegen dem Antrag c, das Streichen des Wortes „gesetzlich“ für unthunlich. Gegenüber den zahlreichen Anzufriedenen jedoch sei eine Erklärung in dem von ihm beantragten Sinne nothwendig; es müsse konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie Deutschlands die Worte „gesetzlicher Weg“ stets so verstanden habe, daß sie sich die Kraft zutraue, ihre Sache auf geistigem Gebiete durchzuführen, daß sie indes, wenn man ihr diesen Weg verrammele, vor keinem Mittel zurück-scheuen werde. —

Die Debatte, in welcher noch acht Redner das Wort ergreifen, wird trotz ihrer Kürze sehr animirt. Mit großer Einmüthigkeit plaidiren sämtliche Redner für den Antrag c, Streichung des Wortes „gesetzlich“. Es wird dabei namentlich hervorgehoben, daß, nachdem die deutsche Regierung durch Annahme des in-samen „Gesetzes“ vom 21. Oktober 1878 uns jede gesetzliche gitation unmöglich gemacht, es ein Nonsens sei, das Wort „gesetzlich“ in unserem Parteiprogramm stehen zu lassen. Jeder Versuch, irgendwie agitatorisch für unsere Bestrebungen einzutreten, sei ja nach diesem „Gesetz“ ungesetzlich; lassen wir daher das Wort „gesetzlich“ im Programm stehen, so verzichten wir damit darauf, ferner Sozialdemokraten zu sein oder für die Sozialdemokratie zu wirken und machen uns außerdem einer groben politischen Heuchelei schuldig. Ein Redner hebt noch besonders hervor: Könne die Sozialdemokratie gesetzlich Etwas

erlangen, so werde sie dies selbstverständlich nicht von der Hand weisen; allein bei der geradezu niederträchtigen Art und Weise, mit der gegen sie vorgegangen werde, müsse sie erklären, daß ihr jedes Mittel recht sei, dieses Gesetz illusorisch zu machen und der Verwirklichung ihrer Ziele näher zu rücken. Dies müsse offen ausgesprochen werden und deshalb sei die Streichung des genannten Passus aus dem Programm nothwendig. —

Der Begründer des Züricher Antrags erklärt hierauf: Nachdem er mit Genugthuung bemerkt, welche Stimmung bei den in Deutschland wohnenden Genossen über diese Frage herrsche, habe er keine Veranlassung, auf dem Antrag d zu beharren, er ziehe deshalb denselben zu Gunsten des Antrages c zurück und glaube damit im Sinne der Antragsteller zu handeln.

Hierauf wird der Antrag c mit allgemeiner Akklamation einstimmig angenommen. —

Es wird sodann der Antrag a, Schutz Zoll und Frei-handel betreffend, diskutiert.

Der Antragsteller führt aus, es sei nicht gleichgültig, wie die Partei sich zu dieser Frage stelle; dieselbe könne unsere Partei sehr leicht in zwei Lager spalten, wenn der eine Theil an diesem, der andere an jenem Punkte festhalte. Man müsse den Arbeitern begreiflich machen, daß es sich bei der Thätigkeit für ihr Wohl nicht um Schutz Zoll oder Freihandel, sondern um Beseitigung der planlosen Produktionsweise handle. —

Der folgende Redner wendet sich gegen den Antrag a zunächst aus formellen Gründen, da er nicht kontrolliren könne, ob dieser Antrag wirklich der Resolution des Genter Kongresses entspreche. Sodann komme aber noch in Betracht, daß die Lage der Arbeiter allerdings mit abhängig sei von den Zöllen, resp. von der durch dieselben geschaffenen Preisbedingungen. Uebrigens sei an eine Erhöhung der Zölle in Deutschland z. B. nicht zu denken; es werde sich vielmehr lediglich um Verminderung derselben handeln. Die vom Vorredner angeregte Streitfrage bestehe also z. B. gar nicht mehr und beantrage er deshalb über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. —

Weitere Redner schließen diesem letzteren Antrag, Uebergang zur Tagesordnung, sich an; der Antrag a besage im Grunde genommen, nichts anderes, als die von dem Kongreß der deutschen Sozialdemokratie 1876 angenommenen Resolution betr. Schutz-zoll und Freihandel. Jene Resolution sei ohne genügende Erörterung angenommen worden. —

Ein Genosse, der den 1876er Kongreß beigewohnt, wendet sich gegen letztere Ausführung, indem er versichert, es sei auf dem Kongreß von 1876 eingehend die betr. Frage diskutiert worden. Konform den damals gefaßten Beschlüssen sei auch das Verhalten der Abgeordneten unserer Partei im Reichstage gewesen. Die Nothwendigkeit, für gewisse Schutzzölle einzutreten, um der deutschen Arbeiter willen, sei nicht abzuleugnen. Man müsse nun einmal, so lange die Sozialdemokratie nicht zum Siege gelangt sei, der Trennung der Nationen in wirtschaftlichen Fragen zu Gunsten der Arbeiter Rechnung tragen. Die meisten der vom Reichstag angenommenen Zölle qualifiziren sich übrigens als Finanzzölle — und für diese seien die Abgeordneten unserer Partei nicht eingetreten. Most und Genossen seien nicht berechtigt gewesen, Kaiser Vorwürfe über sein Verhalten bei der die Eisenzölle betreffenden Abstimmung zu machen. —

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen und damit der Antrag a ausgeschlossen. —

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist: Parteileitung. Dazu liegen folgende Resolutionen vor, die einstimmig angenommen werden:

- a) „Die gewählten Revisoren haben die Prüfung der vorgelegten Abrechnungen vollzogen und erklären, daß diese Abrechnungen völlig richtig sind. Es sind dadurch alle von Berliner Ausgewiesenen in Hamburg und anderen Seiten aufgestellten Behauptungen über angebliche Unregelmäßigkeiten durchaus widerlegt.“
- b) „Der Kongreß erklärt, daß er die seit Erlaß des Sozialistengesetzes von den Abgeordneten und der Partei überhaupt eingehaltene Taktik für prinzipiell richtig hält und spricht den in schwieriger Lage handelnden Vorkämpfern der Partei sein Vertrauen aus.“ —

In Betreff der Angelegenheit Auer-Rackow und mit Bezugnahme auf die hierzu vorliegenden Anträge wird beschlossen, ein Schiedsgericht zu ernennen, welches die Sache unter Beiziehung der nöthigen Auskunftspersonen und genauer Prüfung der Belege zu untersuchen hat. Die heute schon gegebenen ausführlichen Darlegungen sollen möglichst wortgetreu den Parteigenossen zugänglich gemacht werden. Die Mitglieder dieses Schiedsgerichts werden mittelst Stimmzettel gewählt.

Schluß der Sitzung  $\frac{1}{2}$  1 Uhr.

Vierte Sitzung. Sonntag, am 22. August,  
Nachmittags  $2\frac{1}{4}$  Uhr.

Nach Verlesung der Präsenzliste, welche nunmehr 56 Vertreter zählt, bringt der Vorsitzende zwei Anträge wegen Ausstoßung Hasselmanns zur Verlesung. Es erhält sodann der Berichterstatter über den Fall Hasselmann das Wort. Derselbe führt aus, daß von Hasselmann fälschlich die Behauptung aufgestellt werde, er sei nach Berlin gegangen, um sich mit den dortigen Parteileitern zu verständigen; er habe dort nur intrigirt. Sein ganzes Bestreben sowohl im Privatkreise wie in den von ihm herausgegebenen Blättern sei gewesen, Unfrieden in der Partei zu stiften. Zum Beweis dessen werden zwei Stellen aus einer Erklärung Hasselmann's in der „Deutschen Zeitung“ verlesen, aus denen hervorgeht, daß Hasselmann den alten Parteivorstand und die sonstigen leitenden Personen der Partei verdächtige, die letztere ins fortschrittliche Lager zu spielen versucht zu haben. Es sei nun daraufhin, um eine Verständigung mit ihm herbeizuführen, eine Zusammenkunft anberaumt worden, in der Hasselmann auf seine Veranlassung zur Revision mit bestimmt worden sei. Er habe aber trotz der ihm speziell gemachten Einladung, dieselbe vorzunehmen, keine Folge geleistet. Es sei ihm also nichts daran gelegen gewesen, sich über die inneren Parteiangelegenheiten zu orientiren. Er habe vielmehr bei den Parteigenossen fortwährend gehezt und dabei den Schein zu erwecken gesucht, als werde er von den Parteiführern verfolgt und zur Auswanderung ins Ausland veranlaßt. Aus allen diesen Gründen sei es nothwendig, daß der Kongreß, nachdem Hasselmann sich auch überdies von der Partei losgesagt und die Reichstagsabgeordneten seinen Ausschluß ausgesprochen, den letzteren bestätige. —

Der folgende Redner bedauert, daß man nicht schon früher gegen Hasselmann vorgegangen, da dieser doch schon seit Jahren in der Partei gehezt und Unfrieden gestiftet. Er sei nicht würdig gewesen, die Partei im Reichstage zu vertreten und hätte nie den Wahlkreis Varmen-Oberfeld erhalten dürfen. Unverantwortlich auch sei es, daß Hasselmann nicht schon lange auf Grund des gegen ihn vorliegenden Beweismaterials aus der Partei ausgeschlossen worden sei.

Weiter wird angeführt, daß ein Theil der Hamburger Parteigenossen Hasselmann durch Abonnement auf sein Blatt unter-

stützt habe, um ihm seine Existenz zu erleichtern. Hasselmann habe aber dieses Vertrauen nicht verdient, denn er habe, um nur einen Fall zu nennen, auf schwindelhafte Weise Abonnenten zu fangen gesucht. Es sei nämlich von ihm den Parteigenossen vorgespiegelt worden, daß ein Theil des Reinertrages des Blattes zur Unterstützung der Hamburger Wahl verwendet werden würde, während Hasselmann nie etwas zu solchen Zwecken abgeliefert habe. Nun sei Hasselmann fort, und das sei für die Partei sehr erfreulich. Was die Parteigenossen betreffe, die in Hamburg auf Hasselmann's Seite gestanden hätten, so seien diese nicht als Gegner der Partei anzusehen. —

Ein Parteigenosse wünscht, der Kongreß möge entgegen dem Antrag, über die Angelegenheit Hasselmann's zur Tagesordnung überzugehen, die provisorische Ausschließung Hasselmann's seitens der Reichstagsabgeordneten durch eine formelle Ausschließung endgültig bestätigen, damit der Ausschlossene den Parteigenossen im Auslande nicht vorspiegeln könne, der Kongreß habe seine Ausschließung nicht genehmigt, und er somit auch ferner als angeblicher Parteigenosse die Partei schädigen könne. —

Entschieden für eine Erklärung, daß der Kongreß den Ausschluß Hasselmann's billige, ist ein weiterer Redner. Eine solche Erklärung sei mit Rücksicht auf die weiteren Kreise der Parteigenossen des In- und Auslandes nothwendig. Hasselmann wähle auch im Auslande, um sich als den Verfolgten in der Partei hinzustellen, der von den Vertretern der Partei zur Flucht ins Ausland gezwungen sei. Deshalb müsse volle Klarheit geschaffen werden, damit auch die auswärtigen Genossen wüßten, wie die Partei zu Hasselmann stände. Redner gibt Aufklärung über eine Zusammenkunft in Lichterfelde im vorigen Jahre, an der Hasselmann und die übrigen Abgeordneten nebst einer größeren Anzahl Berliner Genossen sich betheiligt hätten. Da sich Hasselmann dem dort Vereinbarten nicht gefügt, so sei er auch nicht zur Unterschrift des Rechenschaftsberichtes der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zugelassen worden. Wenn Hasselmann in der Oeffentlichkeit erklärt habe, daß er mit den Schulden, die seine Blattunternehmungen hervorgerufen, nicht behaftet sei, und wenn er seine Flucht ins Ausland damit entschuldige, daß er wegen politischer Verfolgungen zu derselben veranlaßt worden, so sei das nachgewiesenermaßen nicht wahr. —

Ein in dieser Frage gut informirter Theilnehmer des Kongresses konstatirt, daß Hasselmann schon seit Jahren in der Partei gewählt habe und deshalb des Vertrauens derselben nicht würdig gewesen sei. Wenn er jetzt seine Wirksamkeit ins Ausland verlegt habe, so müsse er dafür besondere Gründe haben. Es sei zu tadeln, daß Hasselmann nicht schon vor Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Er habe ebenso wenig Vertrauen verdient, wie Schweizer, und man brauchte sich jetzt nicht mit ihm zu beschäftigen, wenn er gleich, als er seine Intriguen angefangen, ausgestoßen worden wäre. Statt dessen seien seinetwegen große Opfer von der Partei gebracht worden, und man habe ihm sogar ein Reichstagsmandat verschafft. Man hätte dies nicht thun sollen, da trotz der großen Geldopfer man der Zeitung beispringen mußte, die Hasselmann todtgeschrieben hätte. Wenn man ihn trotz alles dessen als Redakteur belassen habe, verdiene das entschieden gerügt zu werden, und wenn sich ähnliche Fälle in Zukunft ergäben, so müsse dann mit aller Energie vorgegangen werden. Speziell müßten den Parteigenossen über alle die Partei schädigenden Handlungen einzelner Genossen, die zur Kenntniß der leitenden Persönlichkeiten kommen, Mittheilungen gemacht werden.

Der Vorsitzende verliest eine Reihe Anträge verschiedener Vertreter betreffs Ausschlusses Hasselmann's. Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Der Vorsitzende erklärt auch, wenn Hasselmann in der Debatte als Lump bezeichnet werde, so wolle er sich dagegen prinzipiell nicht erklären, bitte jedoch im Interesse der Debatte, den Ausdruck ferner nicht mehr zu gebrauchen. —

Ein Redner aus dem Rheinland führt aus: Wenn den Reichstagsabgeordneten ein Vorwurf daraus gemacht sei, daß der Ausschluß Hasselmann's nicht früher geschehen, so müsse er diesem Vorwurfe entgegentreten. Wäre der Ausschluß früher schon geschehen, so würde dies in Barmen-Elberfeld zu einer Spaltung der Partei geführt haben. Die Parteigenossen seien dort über die Intriguen Hasselmann's vollständig unaufgeklärt geblieben. Weshalb hätten sie keine Aufklärung erhalten? Er sei gegen den Ausschluß Hasselmann's, da dieser überhaupt nicht mehr in Deutschland sei. Was die Verhandlungen in Lichterfelde betreffe, so wünsche er Aufklärung über die Vereinbarungen, die dort bezüglich Hasselmann's getroffen worden seien. Außerdem sei es nothwendig, klar zu stellen, wie das

persönliche Verhalten der soz. Reichstagsabgeordneten gegen Hasselmann gewesen sei. (Dem Redner werden fünf weitere Minuten bewilligt.) Er geht darauf auf die Parteiverhältnisse in Barmen ein. Die dortigen Parteigenossen wären ohne Schuld daran, daß die Verhältnisse der Barmer Genossenschaftsdruckerei so zerfahren worden seien. Die Verwirrung unter den Barmen-Elberfelder Parteigenossen sei zum Theil durch die vom Vorstande nach Barmen geschickten Personen hervorgerufen worden. —

Ein folgender Redner sagt: Hasselmann sei zur rechten Zeit von den Reichstagsmitgliedern ausgeschlossen worden, und sei es deshalb nicht mehr nothwendig, den Ausschluß jetzt auszusprechen. Dagegen empfehle er den Antrag, der die nachträgliche Bestätigung des durch die Abgeordneten bereits vollzogenen Ausschlusses bezwecke.

Wenn der Kongreß sich dafür ausspreche, daß Hasselmann mit Recht von den Reichstagsabgeordneten ausgeschlossen sei, so sei das mit Rücksicht auf die Parteigenossen im Auslande, denen die deutschen Parteiverhältnisse nicht so bekannt seien, nur eine einfache Nothwendigkeit. Diese Erklärung müsse in entschiedenster Form geschehen, da Hasselmann in jeder Beziehung das Vertrauen und die Achtung der Partei verscherzt habe. —

Ein Redner, der sich als ehemaliger entschiedener Anhänger Hasselmann's bekennt, führt aus: Hasselmann's Verhalten verdiene die schärfste Verurtheilung. Er geht im weiteren auf die Vorkommnisse des Gothaer Kongresses im Jahre 1876 ein, um zu erklären, daß er daselbst von Hasselmann sich habe täuschen lassen. Er sei aber bald davon überzeugt worden, daß Hasselmann nur die Zerspaltung der Partei erstrebe, da Hasselmann ihm selbst gleich nach dem Kongreß den Vorschlag gemacht habe, die Partei zu sprengen, um eine neue Partei auf Grund der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeiters-Vereins wieder herzustellen. Redner habe Hasselmann hierauf jedoch eine grobe abweisende Antwort gegeben, und letzterer habe sich denn auch nicht weiter mit ihm über diese Angelegenheit ausgesprochen. Ueberhaupt sei es unrichtig, zu glauben, daß er später noch mit Hasselmann Freundschaft gehalten habe. Dies sei nicht mehr der Fall gewesen, sobald er dessen verrätherische Absichten kennen gelernt. —

Weiter äußert sich ein Redner: In der von Hasselmann zu-

legt abgegebenen Erklärung wegen seiner Flucht sei nur das wahr, daß er nur 110 M. zur beabsichtigten Herausgabe eines täglichen Blattes von den ihm befreundeten Parteigenossen aufgebracht habe. Hieraus habe er ersehen können, daß er bei den Arbeitern keinen Boden mehr habe. Dies sei auch der Hauptgrund seiner Flucht aus Deutschland; Polizeiverfolgungen habe Hasselmann weniger als jeder andere bekannte Parteigenosse gehabt. Ein Prozeß habe nicht gegen ihn in Aussicht gestanden, wie Hasselmann das erklärt habe. Wenn aber den sozialdemokratischen Abgeordneten ein Vorwurf daraus gemacht sei, daß sie den Ausschluß Hasselmann's ausgesprochen, so müsse er denselben zurückweisen, da die Abgeordneten nach der Erklärung Hasselmann's im Reichstage hierzu verpflichtet gewesen seien. Es werde Niemand bestreiten können, daß nach Eintritt des Sozialistengesetzes und nachdem die alte Parteileitung freiwillig ihre Stellung niederlegte, die Reichstagsabgeordneten die einzig wirklich gewählte Vertretung der Partei gewesen und sie also ebenso gut wie der Parteivorstand berechtigt gewesen seien, Ausschließungen aus ihrem Kreise vorzunehmen unter dem Vorbehalt, daß die Partei das später gut heiße. Was die Frage eines Redners aus dem Rheinland betreffe, so sei es wahr, daß die Abgeordneten sich gegen Hasselmann gestellt hätten, als dieser sich den Dichterfelder Vereinbarungen nicht fügen wollte. Er sei aus demselben Grunde nicht mehr zu den Fraktionsitzungen eingeladen worden. Es sei jedoch nicht wahr, was Hasselmann über die Dichterfelder Vereinbarungen vorgebracht habe. Redner setz auseinander, worin dieselben bestanden, und wie Hasselmann es kurz abgelehnt habe, ihnen nachzukommen. —

Ein anderer Redner sagt, daß Hasselmann ihm stets eine unsympathische Persönlichkeit gewesen, aber deshalb habe er ihn doch bis zu seinem Ausschluß als Parteigenossen betrachtet. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hätten den letzteren aber nicht eher aussprechen können, und nicht eher ausgesprochen, bis Hasselmann genügend Grund dazu gegeben. Deshalb sei auch der Vorwurf, daß der Ausschluß so spät erfolgte, unberechtigt. Man dürfe nicht jede Opposition in der Partei unterdrücken. Als Hasselmann sich im Reichstage von der Partei losgesagt, da erst sei sein Ausschluß nothwendig geworden. —

Von Seiten eines folgenden Redners wird bestätigt, daß die

Lichterfelder Vereinbarungen nicht in dem von Hasselmann dargestellten Sinne, sondern wie hier erzählt worden, gefaßt seien. Im Uebrigen ist er im Einverständnis mit den Berliner Parteigenossen gegen die Ausstoßung Hasselmann's, und zwar weil Hasselmann durch seine Flucht bereits sich außerhalb der Partei gestellt habe. —

Von anderer Seite wird gebilligt, daß der Ausschluß Hasselmann's nicht früher geschehen, als das thatsächlich der Fall. Im weiteren kommt Redner dann auf das Verhalten Hasselmann's in Angelegenheit der „Rothen Fahne“ zu sprechen. Hasselmann habe trotz seiner dem Vorstande gegebenen Zusicherung die gesammten Herstellungskosten der „Rothen Fahne“ dem Varmer Geschäfte aufgebürdet, während ihm vertragsmäßig die Bezahlung des Papiers obgelegen hätte. Außer für die Probenummer habe Hasselmann nie Zahlung geleistet. Was die Bemerkung betreffe, Heiland aus Berlin sei damals zur Beaufsichtigung Hasselmann's nach Barmen gesendet, so sei dies nicht richtig. Heiland sei nicht wegen Ueberwachung Hasselmann's, sondern wegen der Unterstützung desselben nach Barmen gegangen. Hasselmann habe in Barmen sich übrigens nur wenig Anhänger verschafft, im Gegentheil, viele seiner früheren Anhänger verloren. Hierzu habe seine Nachlässigkeit in Führung der Redaktionsgeschäfte wesentlich beigetragen. Wenn Redner, der die Revision des Varmer Geschäftes vorgenommen, trotzdem die äußerst nachlässige und liederliche Geschäftsführung nicht öffentlich getadelt habe, so sei dies deshalb unterblieben, weil durch die öffentliche Darlegung der Sachlage das Uebel nicht gebessert worden wäre und man die Nachsicht mit Hasselmann bis zum äußersten habe treiben wollen. Es hätte vor allem gegolten, für die Varmer Genossen zu retten, was zu retten möglich. Eine öffentliche Darlegung der Hasselmann'schen Mißwirtschaft hätte unter den Varmer Genossen nur eine Panik hervorgerufen. —

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Ein Redner erklärt persönlich, daß er sich nur deshalb tabelnd gegen den Vorstand ausgesprochen, weil man Hasselmann, trotzdem man seine Intriguen gekannt, als Redakteur belassen und seine Kandidatur zugelassen habe. —

Der Referent antwortet auf die vorhergemachten Wortwürfe eines der Redner: Wenn der Ausschluß Hasselmann's früher als geschehen, von den Reichstagsabgeordneten ausgesprochen

wäre, so würde dies in Barmen-Elberfeld zur Zerspaltung der Partei geführt haben. Man sehe ja aus den Worten einiger früheren Redner, wie schwer es sei, Diejenigen, deren Ausschluß durch ihre Lumpereien längst nothwendig geworden, aus der Partei zu entfernen. Es scheine vielmehr, als wenn leichter gegen Diejenigen, die das Vertrauen der Partei verdienten, durch Ausschließungsmaßregeln vorgegangen werden könne, als gegen Diejenigen, die das Vertrauen mißbrauchen. Hasselmann wollten die Berliner Parteigenossen nicht ausgeschlossen wissen, während gegen denselben doch eine Masse des erdrückendsten Belastungsmaterials vorliege, dahingegen hätten sie den Ausschluß eines heute noch eifrig für die Partei wirkenden Genossen beantragt, obwohl diesem nicht das geringste nachgewiesen werden könne, was den Ausschluß rechtfertige. Das kennzeichne die Stimmung in gewissen Kreisen der Partei, wo noch heute ein notorischer Lump sich größerer Sympathien erfreue, als ein ehrlicher Mann. —

Es kommt hierauf, nachdem die auf Ausschluß Hasselmann's gestellten Anträge zu Gunsten eines präziser formulirten Antrages zurückgezogen, zur Abstimmung über diesen. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem der Kongreß über die Intriguen und das gewissenlose Gebahren Hasselmann's aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamirte Ausschließung Hasselmann's voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorspiegelungen dieser als notorischer Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken.“

Die Abstimmung ergibt die Annahme dieser Resolution mit allen gegen drei Stimmen. Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt einer der gegen die Ausschließung stimmenden Genossen, daß Hasselmann sich durch seine Taktik selbst außerhalb der Partei gestellt habe, deshalb seine Ausstoßung nicht mehr nöthig sei, und habe er dieser wegen gegen den Antrag gestimmt. Der zweite schließt sich dieser Erklärung an, während der dritte erklärt, daß seine Wähler ihm den Auftrag gegeben hätten, in Sachen Hasselmann und Most weder pro noch contra Partei zu ergreifen; deshalb habe er gegen den Antrag gestimmt.

Der Antrag, zur Aufklärung über die Hasselmann'sche Angelegenheit eine Erklärung in Broschürenform herauszugeben, wird abgelehnt. —

Hiemit ist die Angelegenheit Hasselmann's erledigt und wird zur Affaire Most übergegangen.

Der Referent erhält das Wort, um auszuführen, daß erst nachdem Most sich in der „Freiheit“ für Hödel und Nobiling erklärt habe, die Partei ihn nicht mehr als Genossen hätte betrachten können. Dabei müsse jedoch hervorgehoben werden, daß Most sich in der „Freiheit“ zu erst gegen die Attentäterei ausgesprochen hätte. Trotzdem habe er später einen Brief Baillants aufgenommen, worin dieser der deutschen Partei geradezu den Vorwurf mache, daß sie Hödel und Nobiling verleugne. Allerdings habe Most nicht gewagt, den Brief B.'s in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Das Verhalten M.'s sei überhaupt ein sehr schwankendes gewesen. Zuerst habe er der Betheiligung der deutschen Arbeiter an den Wahlen das Wort geredet. In Nro. 18 der „Freiheit“ hingegen habe er sich über die Reichstagswahl in Hamburg in der spöttischsten Weise geäußert. In Nro. 6 der „Freiheit“ kritisiere er die Taktik der Gegner, daß diese der Sozialdemokratie andichten, nur gewaltsame Umsturzmittel zur Durchführung ihrer Absichten im Sinne zu haben, während die Sozialdemokraten nicht mit physischer Gewalt, sondern nur mit geistigen Waffen kämpften, und zitiere für die Wichtigkeit dieser Auffassung sogar den liberalen Geschichtschreiber Rotted. Daß Most später für Hasselmann Partei ergriffen, sei ja ganz selbstverständlich, wenngleich er nachher versucht habe, in dieser Beziehung eine etwas andere Haltung einzunehmen. In Nro. 32 d. J. nehme M. weiter entschieden Stellung gegen die sozialistische Arbeiterpartei, in Nro. 19 desgleichen. Es werde hier die Partei in gröblichster Weise verdächtigt. Nro. 32 behandle die Geschichte der Partei während der letzten zwei Jahre. In einem mit Carolus unterzeichneten Artikel an der Spitze dieser Nummer wird ausgeführt, daß die deutsche Sozialdemokratie bis zu dem Tage des Hödel-Attentates stark und und mächtig und in Ehren dagestanden habe. Mit diesem Tage, welcher eine, wenn auch mißlungene That, so doch „eine That“ gesehen, sei die Sache der Revolution günstig gestanden; jetzt sei der Zeitpunkt gekommen gewesen, wo es für die Sozialdemokratie galt, Muth und Festigkeit zu zeigen und der Reaktion die Stirne zu bieten! Statt dessen hätten sich die Vertreter der Partei „bodenlos jämmerlich“, „maßlos feige“ benommen, hätten „gejamert und geminskelt“, sich als „Memmen und Jammerkneben“

gezeigt und „durch ihre Schurkenstreiche auf immer den Fluch des Volkes auf sich geladen.“ Ein schamloser Verrath sei dem andern gefolgt und durch solch' böse Beispiele auch viele Andere wankend geworden. Zwischen diesen Leuten, welche die Gewaltthat von sich weisen und „den Mord in jeder Form verabscheuen“, und den wahren Revolutionären müsse das Tafeltuch für immer zerschnitten sein und das Volk müsse sich von solchen Menschen (bezw. den sich mit ihnen solidarisch erklärenden deutschen Sozialisten) abwenden und selbstständig vorgehen.

Redner führt hiebei aus, das Verhalten Most's sei um so verächtlicher, als die preussische Regierung nach Einführung des Sozialistengesetzes die Partei habe nur zu Putzchen veranlassen wollen. In Breslau habe ein höherer Militärbeamter ausdrücklich erklärt, daß jeden Tag ein Zusammenstoß zwischen Militär und der Bevölkerung zu erwarten sei. — Es entspreche somit die Frage, ob die Partei sich ein solches Auftreten M.'s gefallen lassen wolle. Er habe mehr geschadet, als irgend einer der Gegner. Sein Ausschluß sei deshalb gerechtfertigt; aber es sei nicht zu rechtfertigen, wenn derselbe sich auch auf diejenigen ausdehnen solle, die zu M. gehalten, wie dies in einem der vorliegenden Anträge verlangt werde.

Der nächste Redner erklärt sich für den Antrag, daß der Kongreß sich auch gegen die Anhänger Most's aussprechen müsse. Was Most betreffe, so verdiene sein verlogenes, unehrliches Verhalten schärfsten Tadel. Wenn er z. B. Liebknecht wegen dessen Rede im Reichstage angreife, so wolle Redner nur konstativen, daß Most diejenigen Stellen aus dem Zusammenhange reiße, die zur Verdrehung des Sachverhaltes geeignet seien. Most selbst sei charakterlos und schwankend, das rechtfertige ihn aber nicht. Er greife die sozialistische Arbeiterpartei an, nehme aber von Mitgliedern derselben keine Rechtfertigung auf, wie dies bezüglich einer Denkschrift nachgewiesen werden könne, die zur Veröffentlichung an die „Freiheit“ eingeschickt worden sei, aber ganz einfach zurückgewiesen wurde. —

Ein anderer Redner ist dafür, daß die Partei öffentlich erkläre, mit Most weiter nichts zu thun haben zu wollen. Wenn von Most der Vorwurf der Feigheit gegen die sozialistischen Reichstagsabgeordneten, namentlich gegen Liebknecht erhoben werde, so müsse ein solches Verfahren entschieden verurtheilt werden. Die Situation sei eine sehr schwierige und die Reichstagsabgeordneten hätten eine schwere Verantwortung. Wenn

auch Keiner sich gegen eine gewaltsame Umwälzung erklären würde, wenn sie wirklich eintrete, so könne sie doch nicht gemacht werden, und jedenfalls dürfe nicht dazu die Hand geboten werden, das Volk zur Revolution aufzurufen, ehe die Verhältnisse dazu reif seien. —

Seubert (Wintertthur) spricht über die Stimmung der Parteigenossen in der Schweiz nach dem Sozialistengesetz. Ein Theil derselben habe eine gewaltsame Erhebung der deutschen Arbeiter erwartet, ein anderer Theil habe sich dafür erklärt, daß die deutschen Sozialisten im Geheimen ihre Thätigkeit fortsetzen. Im Allgemeinen sei dann das erste Erscheinen der „Freiheit“ mit Freuden begrüßt worden. Als in dem Blatte jedoch die allgemein nur als Ehrenmänner bekannten Parteiführer beschimpft worden seien, habe man dies Seitens der großen Mehrzahl der schweizerischen Arbeiter entschieden gemißbilligt. Man sei zwar nach wie vor für eine radikale Haltung, verdamme jedoch die Schimpfereien Most's auf's entschiedenste.

Der folgende Redner rechtfertigt die Ausführungen Liebknecht's im Reichstage bei Gelegenheit der Debatte über den Berliner Belagerungszustand. Es würde Wahnsinn gewesen sein, wenn die Reichstagsabgeordneten nach Erlaß des Sozialistengesetzes die Parole zum Losschlagen gegeben hätten. Liebknecht habe nie die Partei für eine Reformpartei erklärt; denn dieselbe sei durchaus revolutionär, weil sie eine vollständige Umänderung der bestehenden politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse erstrebe. Er habe einfach die organische Reformen anstrebende sozialdemokratische Arbeiterpartei dem umstürzlerischen Charakter der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik — auf staatlichem wie auf wirthschaftlichem Gebiet — gegenübergestellt. Auch habe er nie gesagt, daß man sich unter das Sozialistengesetz „ducken“ müsse — das wäre gleichbedeutend mit dem Tod der Partei gewesen. Der Sinn der Rede sei einfach der gewesen, daß die Partei dem Ausnahmegesetz nicht die Gewalt entgegensetzen könne. — Most betreffend, erinnert Redner daran, daß eine als besonders „feig“ den jetzigen sozialistischen Führern von Most vorgeworfene Aeußerung sich in der anläßlich des Hödel-Attentats von den damaligen sozialistischen Abgeordneten abgegebenen Erklärung finde, welche auch von Most unterzeichnet sei. —

Der Pariser Vertreter gibt Aufklärung über das Verhalten Most's in Paris und Brüssel. Most habe in Brüssel u. A.

gesagt, daß deutsche Sozialisten, die er namhaft gemacht, sich mit der „Freiheit“ einverstanden erklärt hätten. Most sei außerdem, als er sich in einer Pariser Versammlung als Revolutionär aufgespielt hatte, in der Debatte wegen seiner Haltung in der „Freiheit“ angegriffen und in die Enge getrieben worden. Er habe sich dann heimlich aus der Versammlung entfernt unter dem Vorwande, daß Polizeispizel daselbst anwesend seien. Trotzdem sei er mit dem von den Pariser Genossen vorher entlarvten Polizeispion Zadeck noch des Nachts 1 Uhr zusammen gewesen. Most's Auftreten habe die Pariser und Brüsseler Genossen zurückgestoßen, und beantrage er in deren Namen, daß der Kongreß die Ausschließung Most's vornehme. —

Weiter erklärt sich ein Redner entschieden dagegen, daß die Leser der „Freiheit“ als Anhänger Most's betrachtet werden. Wenn dieselben auch Leser der „Freiheit“ seien, so seien sie damit doch noch nicht für dessen Handlungen verantwortlich zu machen, und sei es deshalb ungerechtfertigt, deren Ausschluß aus der Partei auszusprechen. —

Der folgende Redner macht darauf aufmerksam, daß in der „Freiheit“ nur für den Preßfond des Blattes, nicht aber für die Gemäßregelten in Deutschland gesammelt werde. Im weiteren folgt die Ausführung über den Versuch, den Most gemacht abzustreiten, daß er von einem bekannten Genossen bei seiner Ausweisung aus Berlin eine Anleihe gemacht habe. Hierbei habe er auch noch andere ehrenwerthe Personen verdächtigt. —

Der letzte Redner rechtfertigt den Bezirk, welcher Most das Geld zu der Reise nach dem ausgefakten Kongreß gegeben habe. Es sei dies nicht geschehen, weil man mit Most einverstanden, sondern weil man Most habe Gelegenheit geben wollen, sich zu rechtfertigen. —

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Der Correferent erklärt mit Rücksicht auf Most's Ankündigung einer Broschüre gegen die sozialistische Arbeiterpartei, daß auch er, als er von dem Zerwürfniß zwischen Most und der Partei noch keine Kenntniß hatte und erst eine einzige Nummer der „Freiheit“ zu Gesicht bekommen gehabt, sich bedingungsweise zustimmend an Most gewendet habe, was dieser vorausichtlich in perfider Weise gegen ihn ausnützen werde. Sodann verliest Redner ein hektographirtes Circular, in dem Most noch vor Erscheinen des „Sozialdemokrat“ gegen denselben in der schmähdlichsten, verleumderischsten Weise intrigirt,

obgleich er vorher selbst ein Zentralorgan gefordert und sich sogar zur Abgabe der Redaktion der „Freiheit“ an einen deutschen Genossen bereit erklärt hatte. Redner geht dann auf die Haltung des letzteren Blattes ein und weist darauf hin, daß Most sich noch später brieflich wiederholt im Wesentlichen mit dem „Sozialdemokrat“ als im Einverständnis befindlich ausgesprochen habe, und das zu einer Zeit, wo der „Sozialdemokrat“ sogar vielen deutschen Genossen noch zu „zähm“ gewesen sei. (Die Briefe sind vom 11. Oktober und 12. November 1879.)

Aus diesen Widersprüchen gehe unzweifelhaft die Charakterlosigkeit und Unzuverlässigkeit Most's hervor. Redner schildert im Weiteren das Verhalten des Letzteren bei seiner Anwesenheit in der Schweiz und die überaus klägliche Rolle, die dieser namentlich in einer öffentlichen Versammlung in Zürich gespielt habe, wo er klein beigab, um sofort nach seiner Rückkehr nach London die alte Rolle des Krakehlers ärger als je zuvor wieder aufzunehmen. Er sei dabei ebenso leichtsinnig wie gewissenlos verfahren, indem er sich, trotz zahlreicher Warnungen, mit dem Polizeispion Zadeck eingelassen und verschiedene Parteigenossen mit demselben in Verbindung und somit zur Kenntniß der Polizei gebracht habe. Schließlich führt Redner aus, daß Most gar nicht mehr als Sozialist betrachtet werden könne. Er sei höchstens Blanquist und zwar im schlimmsten Sinne des Wortes, der keinen anderen Zweck als zweck- und kopflose Revolutionismacherei verfolge. Es sei deshalb nothwendig, daß der Kongreß sich entschieden gegen Most erkläre und ihn aus der Partei ausschließe. —

Es tritt Schluß der Debatte ein und erfolgt die Verlesung des folgenden Antrages, welchen sechs Genossen unterschrieben haben:

„In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundsätzen der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt;

In fernerer Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeiagenten trotz ertheilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften:

In schließlicher Erwägung, daß Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen,

Erklärt der Kongreß, daß er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet.“

Es erfolgt die Abstimmung und wird der Antrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. —

Hierauf erfolgte die Berichterstattung der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl eines Ehrengerichtes in Sachen Radow's und Auer's.

Auf Vorschlag eines Vertreters bestimmt der Kongreß sodann, daß wenn einer der Gewählten etwa verhindert sei, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen, dann derjenige der Nichtgewählten, welcher die größte Stimmenzahl erhalten, als Stellvertreter einberufen werden soll.

Hierauf wurden die Kongreßsitzungen von 7 bis  $\frac{1}{2}$  9 Uhr vertagt.

---

Fünfte Sitzung. Sonntag, 22. August, Abends  
 $8\frac{1}{2}$  Uhr.

Zunächst kommt die Angelegenheit Körner-Finn zur Sprache. Der Antrag, über diese Affaire ohne Weiteres zur Tagesordnung überzugehen, wird unter lebhaften Zustimmungs-Außerungen ohne jede Debatte angenommen. —

Es folgt sodann eine längere Berathung über die Situation des Kongresses, nach deren Beendigung man zum Bericht über das Verhalten der Abgeordneten im Reichstag übergeht.

Der Referent bezieht sich auf den vor einiger Zeit veröffentlichten Reichstagsbericht und fügt demselben Aufklärungen über Mißverständnisse, welche in der Partei bemerkbar wurden, hinzu. Man habe das Wort „Revolution“ mißverstanden und den sozialistischen Abgeordneten zum Vorwurf gemacht, sie seien nicht revolutionär. Es sei jeder Sozialist ein Revolutionär, aber man dürfe unter Revolution nicht bloß die Gewaltäußerung sehen. Die Partei hat unter dem Sozialistengesetz ihren Charakter und ihre Selbstständigkeit gewahrt; es ist ihren Vertretern keine Prinzipien-

Verletzung vorzuwerfen. Unter der Attentatsaufregung mußte man aus taktischen Gründen vorsichtig vorgehen. Die Partei hatte gar nicht die Möglichkeit, der Regierung gewaltsam die Spitze zu bieten. Daran ändern die sogenannten Anarchisten und die Nihilisten nichts, welche darüber Vorwürfe erheben. Die Zustände in Rußland seien in ganz anderen Verhältnissen begründet und die Taktik der Verzweiflung, wie sie die Nihilisten üben, taugte für Deutschland nicht. Als das Nobiling-Attentat geschehen, mußte der Partei daran liegen, die Verleumdung, Nobiling gehöre zur Partei, zu widerlegen. Die seither beobachtete Taktik hat sich bewährt und Bismarck besorgt mit seinen Steuerprojekten und der ganzen Art seiner Politik unterdeß die Agitationsarbeit der Sozialisten. Revolutionäre Beschlüsse fassen, ohne sie auszuführen, sei eine Kinderei, deren wir uns nicht schuldig machen durften. Daß wir das Militärgesetz, das Tabaksmonopol u. Bismarck verweigern, und gegen alle neue Steuern kämpfen, ist selbstverständlich. Wenn ein einzelner Zeitungsartikel im Parteiblatt sich für das Monopol erklärt, so sei das die Anschauung eines Einzelnen und es sei unnütz, daraus Kapital zu schlagen. Die Abgeordneten haben das Mandat vielfach zu agitatorischen Zwecken benützt, was gerade jetzt, nachdem Versammlungen, Vereine und Parteipresse verboten sind, von um so höherem Werthe ist. Nachdem das Attentatsfieber sich gelegt und die Stimmung umgeschlagen ist, ist die Zeit gekommen, wo die Partei wieder mehr positiv vorgehen kann und muß. Bisher galt es, zu retten und zu sammeln; jetzt wird man mehr agitatorisch auftreten. Der nothwendige „Rückzug“ beim Eintritt des Sozialistengesetzes war nicht ein „Rückzug“ im Sinne der Preisgabe von Prinzipien, sondern der trotz der Uebermacht der Feinde erzwungene Rückzug in eine gesicherte Position. Der momentane geordnete Rückzug war nöthig, denn zum „Los schlagen“ war keine Möglichkeit. Damit wolle er nicht den sogen. „gesetzlichen Weg“ als unumstößliche Norm bezeichnen. Es ist eine Klugheit der Regierungen, ihn zu ermöglichen. Die deutschen Regierungen haben aber bisher diese Klugheit nicht gezeigt, und wenn es schließlich einmal zum Aeußersten kommt, wird sich zeigen, wer mehr seine Schuldigkeit thut, die jetzt Angegriffenen, oder die, welche sie angreifen. (Bravo!) —

Es kommen Anträge von Berliner Genossen zur Debatte. Die Parteigenossen, welche dieselben übergeben, verzichten darauf, dieselben zu begründen. Der hierher gehörige Theil dieser Anträge lautet:

„Den sozial-demokratischen Abgeordneten ist über ihr Verhalten im deutschen Reichstag ein Mißtrauensvotum zu ertheilen.“

Gründe:

- a) Kaiser's Eintreten für die Schutzölle,
- b) Bebel's Apell an den „Patriotismus“ der Genossen, sowie seine „Erwartung“, daß dieselben sicher auch die „Feinde“ aus dem Lande schlagen würden,
- c) Hasenclever's Protest gegen die Erklärungen Hasselmanns im Reichstage,
- d) Liebknecht's Erklärungen, welche den persönlichen Streit unter den Abgeordneten entsacht haben.“ —

Der erste Redner hiezu führt aus: Die Abgeordneten haben nicht gegen das Prinzip gestimmt, aber sie haben zum Theil einen Ton angeschlagen, der zu mißbilligen sei, weil er zu sehr von persönlicher Rücksicht für die Gegner zeuge. Redner zitiert eine Stelle aus einer Rede Frißche's. —

Hiegegen wird von verschiedenen Seiten angeführt, Frißche habe in jeder Rede den prinzipiellen Standpunkt gewahrt. — Auch hat Kaiser im Reichstag keinen Verstoß gegen das Prinzip begangen und verdiene kein Mißtrauensvotum. — Ein anderer Redner führt aus: Hasselmann gelangte nur durch die Nachsicht der sozialistischen Fraktion dazu, seine letzte Brandrede zu halten. Er sprach darin direkt gegen die Partei-Interessen, seine anarchischen Aeußerungen waren gegen die Partei gerichtet, und daher mußte er desabouirt werden. Niemand werde sich durch ein Berliner Mißtrauensvotum abhalten lassen, stets denselben Standpunkt gegenüber solchen Vorkommnissen einzunehmen. —

In Bezug auf die angegriffenen Aeußerungen mehrerer Abgeordneten bezüglich der russischen Nihilisten, führt ein anderer Redner aus: Es könne für keinen denkenden Sozialisten in Deutschland ein Zweifel sein, daß der russische Nihilismus von dem deutschen Sozialismus himmelweit verschieden sei. Die Aeußerung Bebel's, daß die Nihilisten sich vorzugsweise aus den Gesellschaftskreisen des Herrn v. Kardorf rekrutirten, habe nach Angabe Züricher Genossen in Nihilistenkreisen Mißfallen erregt, darauf könne aber ein Abgeordneter der sozialistischen Partei in Ausübung seiner Vertreterpflicht nicht Rücksicht nehmen. Wenn einzelne Berliner Genossen kleinliche Anlässe zu Mißtrauensvoten benutzen wollen, so beweisen sie nur damit, daß sie einer schon länger geübten Praxis gemäß bei jeder Gelegenheit in der ge-

hässlichsten Weise über gewisse Leipziger und Hamburger Parteigenossen herfallen, und sie stellen sich damit auf den Standpunkt Hasselmanns. Obgleich gerade von den Angegriffenen in der energischsten Weise für die Ausgewiesenen eingetreten wurde, hätten sich seit längerer Zeit die Feindseligkeiten eines Theils der Ausgewiesenen gemehrt. Es sei jedenfalls sonderbar, daß Berliner Parteigenossen so bereitwillig mit Mißtrauensvoten gegen die Abgeordneten auftreten, sogar Ausschlußanträge stellten, ohne daß sie im Stande wären, die Beschuldigungen zu beweisen, aber für das parteimörderische Treiben der Herren Most und Hasselmann kein Wort des Tabels hätten. Dieses Vorgehen müßte gebrandmarkt und entschieden zurückgewiesen werden, damit man in den bezüglichen Kreisen erfahre, wie der Kongreß über sie denke. —

Die Berliner Anträge werden einstimmig abgelehnt.

Abgelehnt wurde ferner der Antrag:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag haben die Pflicht, jederzeit in energischer Weise prinzipiell aufzutreten und sich nicht an untergeordneten Fragen zu betheiligen. Die Abgeordneten sind gemäß dem Beschluß des Gothaer Kongresses 1877 verpflichtet, bei allen Abstimmungen einheitlich geschlossen zu stimmen.“

Die Ablehnung wird dadurch motivirt, daß das im Antrag Verlangte ja selbstverständlich sei.

Angenommen wird die Resolution:

„Wie die deutsche Sozialdemokratie allen Bewegungen, die auf Befreiung der Völker vom sozialen und politischen Druck ausgehen, ihre volle Sympathie entgegenbringt, so thut sie dies selbstverständlich auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden sogenannten Nihilisten gegenüber, obwohl sie deren durch die besonderen Verhältnisse Rußlands bedingte Taktik für Deutschland nicht geeignet hält.“

Die Sitzung wird Nachts 1 Uhr auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Sechste Sitzung. Montag 23. August, Vormittags 8 Uhr.

Bei Verlesung der Präsenzliste ergibt sich, daß 10 Vertreter aus zwingenden Gründen abgereist sind, so daß noch 46 an-

wesend sind. Es erfolgt zunächst die Verlesung der gestrigen Protokolle. Diese Arbeit nimmt anderthalb Stunden in Anspruch. Nachdem verschiedene Korrekturen zu den Protokollen beantragt und daran vorgenommen wurden, werden die drei Protokolle genehmigt. —

Es stehen zur Debatte die Organisations- und Parteisteuerfrage. Zu dieser liegen eine lange Reihe von Anträgen vor, die wir aus taktischen Gründen nur theilweise veröffentlichen können.

Unter anderen beantragen Züricher Genossen:

„Zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung der Sozialisten und Sozialistenvereine des Auslandes unter sich und mit der Partei in Deutschland, sowie zur Pflege des Verkehrs zwischen letzterer und den Bruderparteien des Auslandes, wird eine Verkehrsstelle außerhalb Deutschlands geschaffen, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Vereinen zu vermitteln, alle Beschwerden, Anträge zc. entgegenzunehmen und in geeigneter Weise zu erledigen hat.“

Weiter wird beantragt:

„In der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre soll ein Parteikongreß stattfinden. Die Form der Einberufung steht den autorisirten Personen zu.“

Diese, sowie noch eine Anzahl anderer Anträge in ähnlicher Richtung, rufen eine lange und sehr lebhafte Debatte hervor, an welcher sich eine große Zahl Redner betheiligt. Das Endergebnis ist, daß eine Reihe von auf die Organisation der Partei bezügliche Anträge die fast einstimmige Zustimmung des Kongresses erhalten. Ferner wird angenommen der angeführte Antrag der Züricher Genossen, betreffend eine Verkehrsstelle für die auswärtigen Sozialisten. Annahme findet auch der Antrag in Bezug auf die Abhaltung von Kongressen.

Ferner wird einstimmig beschlossen, daß der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“ das einzige offizielle Organ der Partei sei.

Schluß der Sitzung  $\frac{3}{4}$  1 Uhr. Wiederaufnahme derselben um 2 Uhr.

Siebente (Schluß-) Sitzung. Montag 23. August, Nachmittags 2 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um  $2\frac{1}{4}$  Uhr und verliest die Präsenzliste, sowie eine Reihe eingegangener Anträge, die sich auf die Presse beziehen. —

Die Debatte über die Presse und die betreffenden Anträge wird eröffnet.

Ein Redner spricht sich gegen Gründung neuer Pressorgane aus. —

Der folgende Redner hält es nach den gefaßten Beschlüssen für nothwendig, der Affaire Most und Hasselmann im „Sozialdemokrat“ so wenig wie möglich zu erwähnen. Außerdem wünscht Redner, daß der „Sozialdemokrat“ jetzt auch im vollsten Sinne des Wortes Parteiorgan werde und deshalb auch jedem Genossen zu prinzipiellen Erörterungen freigegeben werde.

Ein in der Schweiz lebender Genosse führt aus, daß der „Sozialdemokrat“ populärer in der Schreibweise werden müsse, dann würden manche Klagen darüber, daß das Blatt nicht radikal genug sei, verstummen. Er befürworte deshalb, daß der Redakteur des „Sozialdemokrat“ in diesem Sinne thätig sei. Die persönliche Polemik könne nicht ganz aus dem Blatte verbannt bleiben. Es handle sich dabei oft um wichtige Parteiangelegenheiten. Es sei freilich nothwendig, die Polemik möglichst zu beschränken. —

Es erfolgt hierauf der Bericht über den Stand des „Sozialdemokrat“. Aus demselben geht hervor, daß die Zahl der Leser desselben, trotz der ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten, welche sich der Verbreitung des Blattes entgegenstellen, stetig steige. Besonders im letzten Quartal ist ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen, was mit darauf zurückzuführen ist, daß die Genossen in dem Minenkrieg gegen die Polizei immer gewandter und erfahrener werden. Bei den außerordentlich hohen Kosten, welche die sichere Spedition des Blattes nach Deutschland verursacht, macht das Blatt heute noch ein Defizit, doch ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß dasselbe bald verschwinden werde und werden die Genossen deshalb zur Erreichung dieses Zieles aufgefordert, in energischer Weise für die Verbreitung des Blattes einzutreten. —

Die nun folgenden Redner ergehen sich über die Haltung des Blattes, wobei man im Großen und Ganzen seine Zustimmung ausspricht. Ein von Berliner Genossen eingesandter Protest gegen die Redaktion des „Sozialdemokrat“ wird dadurch erledigt, daß die Redaktion nachweist, daß sie einer von Berlinern eingesandten Solidaritätserklärung mit Hasselmann, nicht eigenmächtig, sondern erst nach Rücksprache mit einer Anzahl namhafter Genossen, die Aufnahme in das Blatt ver-

weigert hat. Beschlossen wird, der Redaktion zu empfehlen, für die in dem Blatt zu führende persönliche Polemik eine eigene Rubrik auf der letzten Seite des Blattes einzurichten. —

Ein Redner spricht sich dagegen aus, daß bereits durch Flugblatt zur Kenntniß der Parteigenossen gekommene Artikel im „Sozialdemokrat“ noch einmal zum Abdruck kommen. Mit Bezug auf den Ton des Blattes müsse doch bemerkt werden, daß der Ton, der bei Most gewöhnlich sei, dem „Sozialdemokrat“ nicht zugestanden werden dürfe. —

Der Vorsitzende bringt einen Antrag wegen Gründung eines Parteiarchivs in der Schweiz zur Verlesung und wird derselbe vom Kongreß im Prinzip angenommen. —

Hierauf kommen mehrere Anträge bezüglich der Herausgabe von Flugblättern zur Mittheilung, über die ohne Debatte zur Abstimmung geschritten wird. Dieselbe ergibt, daß sämtliche auf die Herstellung von Flugblättern zc. bezüglichen Wünsche und Anträge zur Berücksichtigung empfohlen werden.

Weiter gelangt folgender Antrag zur Annahme:

„Der Kongreß erklärt, daß die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland durchaus nicht geeignet sind, neue Zeitungen für die sozialdemokratische Partei zu gründen und beauftragt die Parteivertretung, jedem derartigen Projekt entschieden entgegenzuarbeiten.“

Außerdem wird noch ein Antrag angenommen, für den Wahlkreis Barmen-Elberfeld ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Angelegenheit Hasselmann klar gestellt wird. —

Hiermit sind die die Presse betreffenden Anträge erledigt und wird zur Verhandlung über die Reichstagswahlen übergegangen. —

Betreffs der Stellung, welche die Partei zu den Wahlen einzunehmen hat, wird folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei deutscher Zunge empfehlen ihren deutschen Parteigenossen, sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Kommune zu betheiligen und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.“

„Insbesondere empfehlen sie den Parteigenossen in Deutschland die allgemeinste und energischste Thätigkeit für die im Jahre 1881 stattfindenden allgemeinen Reichstagswahlen und zu diesem Zwecke die Vornahme folgender Schritte:

1) Aufnahme der Agitation in den einzelnen Wahlkreisen und feste Organisation in jeder geeigneten Weise.

2) Vornahme regelmäßiger Geldsammlungen.

3) In allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Gesinnungsgenossen bei der Wahl selbstständig vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenthaltung.“

Außer den von der Partei bereits eroberten Wahlkreisen werden 21 weitere Kreise als offizielle erklärt.

Angenommen wird ferner als selbstverständlich der Antrag, daß in Zukunft Wahlflugblätter und sonstige mündliche und schriftliche Veröffentlichungen der Kandidaten und der Wahlausschüsse unter keinen Umständen dem Programm widersprechen dürfen.

Weiter wird nachstehender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Kongreß deutscher Sozialisten, in Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muß und daß die deutsche Sozialdemokratie von jeher ihren internationalen Charakter betont hat, stimmt dem Vorschlag der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei auf Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses mit voller Sympathie zu und beauftragt die Parteivertretung, den Kongreß mit zwei Vertretern zu beschicken.“

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Genosse Seubert aus Winterthur spricht dem Kongreß noch die Sympathien der deutschen Genossen in der Schweiz aus und stellt finanzielle Unterstützungen bei den Wahlen etc. in Aussicht. —

Nach einer die Bedeutung des Kongresses würdigenden und

den Ernst des Augenblicks betonenden, zugleich aber zu erneuter, vermehrter Thätigkeit im Sinne der gefaßten Beschlüsse aufmunternden Ansprache des Präsidenten wird der Kongreß  $\frac{1}{2}$  8 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Gesang der Marseillaise geschlossen. —

### Erklärung.

In dem Bericht über den Wübener Kongreß ist gelegentlich der Mittheilung des „Protestes der Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgegend“ bemerkt, daß die Herren Körner und Finn diesen veranlaßt hätten. Herr Emmerich, ehemals Redakteur der „Berliner Freien Presse“ und Ausgewiesener, erklärt mir nun, daß die Herren Körner und Finn jenem Altkensied fern ständen, dasselbe vielmehr von Herrn Wolff in Hamburg, jetzt in Ottenen — der den österreichischen Parteigenossen sehr wohl bekannt ist, wenn auch keineswegs in angenehmer Erinnerung bei ihnen steht — verfaßt worden sei. Die Herren Emmerich, Szymath und Genossen haben dann dieses Altkensied gelesen und ihre Zustimmung dazu gegeben.

Ich halte für nothwendig, diese Thatsache zu konstatiren, selbst auf die Gefahr hin, daß man mir nachsagt, ich hätte die Herren Emmerich, Szymath und Genossen „denunziren“ wollen. Ich bin der Ansicht, daß die Herren mit dem Schriftstück, das Herr Wolff in die Hände der Polizei hat fallen lassen, letzterer einen großen Dienst erwiesen haben und eine „Denunziation“ ihrer Personen nur für sie von Vortheil sein kann. Zudem soll ja Herr Wolff, wie mir ebenfalls Herr Emmerich mittheilte, die Freundslichkeit haben, das von ihm verfaßte Pamphlet im Druck erscheinen zu lassen, wenn dasselbe — wie mittlerweile geschehen — vom Kongreß ohne Beachtung bliebe.

Ich habe darauf geantwortet, daß uns das nur angenehm sein könne und uns eine erwünschte Gelegenheit biete, mit dem sauberen Herrn Verfasser und seinen Hintermännern abzurechnen.

Dies zur Aufklärung.

Leipzig, den 4. September 1880.

A. Bebel.

## Abonnements-Einladung.

Außerhalb des Machtbereichs der deutschen Polizei, in der Schweiz, im Verlag von  
A. Herten, Industriehalle Riesbach-Strich, erscheint unser Parteiorgan

### „Der Sozialdemokrat.“

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Der „Sozialdemokrat“ gibt unserer Partei und ihren Forderungen die notwendige Vertretung in der Presse, welche ihr ein infames Ausnahme-Gesetz in Deutschland selbst unmöglich macht. Er sammelt die Parteigenossen allerorts und hält sie in ununterbrochener geistiger Verbindung untereinander und mit der sozialistischen Bewegung aller Länder. Er unterrichtet sie von den Schandthaten unserer Gegner und macht sie auf deren Anschläge rechtzeitig aufmerksam. Er festigt und klärt die Genossen prinzipiell und hält sie über die politische Lage und die von der Partei derselben und den einzelnen Vorkommnissen gegenüber einzunehmende Stellung auf dem Laufenden. Er dient als Sprechsaal zur Debatte wichtiger Parteifragen, behandelt die inneren Parteiangelegenheiten und veröffentlicht die Mittheilungen der Parteivertretung wie aller sonstiger Parteiorganisationen. Er klärt die Unterdrückten und Ausgebeuteten alle über ihre Lage und den einzigen Weg der Rettung auf, kocht ihnen tiefsten Haß gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter ein und feuert sie zur Niederwerfung der heutigen scheußlichen Staats- und Gesellschafts-Ordnung und zu deren Ersetzung durch eine die Freiheit und Gleichheit Aller sichernde Ordnung der Dinge an. Mit Einem Wort: der „Sozialdemokrat“ ist die gellende Alarmtrompete in dem gewaltigen Ringkampf der alten Welt der Bevorrechtung und der neuen Welt des Sozialismus und die hochflatternde Heerfahne, die den Marsch der Partei in der Finsterniß der heutigen maßlosen Unterdrückung zur nahen Morgenröthe der Erlösung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft durch den Sozialismus anzeigt!

Der „Sozialdemokrat“ wurde vom jüngsten Parteikongress einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Es ist deshalb die Pflicht wie das Interesse jedes Parteigenossen, aufs eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Da der „Sozialdemokrat“ in Deutschland bekanntlich auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angewandt, ist die Sache übrigens durchaus ungefährlich und leicht ausführbar. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem.“ beträgt vierteljährlich: für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als verschlossener Briefversandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Cts. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewählt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Vertheilung an die abonnirten Genossen vorsichtig geschieht: dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesamtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen.]

Man wende sich um Aufschlüsse und mit Bestellungen an den obengenannten Verlag, sowie an dessen bekannte Agenten in Deutschland, an ersteren am sichersten in eingeschriebenem Brief.

Parteiengenossen! Sammelt Euch um Eure Fahne und benützt die Euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut Eure Pflicht!